

# Holzarbeiter-Zeitung

## Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementpreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.  
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.  
Redaktion und Expedition: Berlin O. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die vierteljährliche Periode oder deren Raum 50 Pfg.  
Verkaufsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.  
Veranstaltungsanzeigen 15 Pfg.

### Das Ueberangebot an Arbeitskräften in der Holzindustrie.

In der Nr. 24 der „Holzarbeiter-Zeitung“ haben wir in einem Artikel mit der Ueberschrift „Der Zug zur Großstadt“ die Notwendigkeit betont, energisch und zielbewusst auf die Entlastung des überfüllten Arbeitsmarktes in den Großstädten und besonders in Berlin hinzuwirken. Dieser Artikel hat in weiteren Kreisen Aufsehen erregt. Zeitungen der verschiedensten Parteirichtungen haben den Gegenstand in längeren oder kürzeren Abhandlungen besprochen, und wenn auch nicht alle ausdrücklich auf die „Holzarbeiter-Zeitung“ Bezug genommen haben, so haben sie ihre Anregung offensichtlich direkt oder indirekt durch die „Holzarbeiter-Zeitung“ erhalten.

Ein größerer Aufsatz im „Vorwärts“ vom 18. Juni, der die Materie selbständig, aber im gleichen Sinne wie wir behandelt, weist ausdrücklich auf die „Holzarbeiter-Zeitung“ hin. Der Ausgangspunkt dieses Artikels ist die große Ausperrung in der Berliner Holzindustrie im Jahre 1907, die den Unternehmern riesigen Schaden gebracht hat, insbesondere auch dadurch, daß die auswärtige Konkurrenz den Berliner Holzindustriellen viele lohnende Aufträge weggeschmuppelt hat. In dieser Tatsache wird ein wichtiger Grund für die zurzeit in der Berliner Holzindustrie herrschende Misere erblickt. Eine gleichlautende Notiz, die durch die reaktionäre Berliner Tagespresse geht, wir finden sie z. B. in der „Deutschen Tageszeitung“, dem „Meißner Boten“, der „Staatsbürger-Zeitung“ usw., bemüht sich, diese öffentlichen Dinge auf den Kopf zu stellen. Der Verfasser der Notiz, dem die Verhältnisse im Berliner Holzgewerbe anscheinend gut bekannt sind, muß die Tatsache auch zugeben. Er schreibt:

„In keiner Stadt in Deutschland waren in den letzten Monaten so viel Holzarbeiter arbeitslos wie in Berlin. Nächstens ist der Wechsel in den Betrieben so groß wie hier. Trotzdem hält der Zugzug von Tischlern nach Berlin an, weil hier die höchsten Löhne für die kleinsten Leistungen gezahlt werden. Die Unternehmer sind gezwungen, die Herstellung von sogenannten Stapelartikeln, wie Tischen, Stühlen, Bettstellen, einzustellen, weil sie mit Mahlenau, Klosterfeld und anderen Orten, wo diese Artikel in großen Massen unter günstigeren Bedingungen hergestellt werden, nicht mehr konkurrieren können. Dieser Mangel trifft Arbeiter und Arbeitgeber hart. Die auswärtige Konkurrenz erstickt immer mehr. Die Unternehmer sind gezwungen, ihre Betriebe nach außerhalb zu verlegen, um leistungsfähig zu bleiben, und die Arbeiter müssen, wenn sie Arbeit haben wollen, Berlin verlassen. Es gibt Tischler, die nach 10 Wochen Wartezeit vom Arbeitsnachweis eine Stelle erhielten, nach einigen Wochen entlassen wurden und dann abermals 8-10 Wochen warten mußten.“

Das ist eine völlige Bestätigung unserer Behauptungen. Aber da es sich um eine Notiz für die reaktionäre Presse handelt, muß doch den Arbeitern ein angehängt werden. Deshalb wird nicht nur wider besseres Wissen die Behauptung aufgestellt, daß in Berlin die höchsten Löhne für die kleinsten Leistungen gezahlt werden, sondern am Schluß der Notiz heißt es auch: „Dies sind die Folgen von Streiks, die Miessensummen verschlungen haben.“

Wer die Geschichte der Lohnkämpfe im Berliner Holzgewerbe aus den letzten Jahrzehnten kennt, weiß, daß es sich fast durchgängig um Ausperrungen gehandelt hat. Berlin war das Versuchsfeld für die Mannen des Arbeitgeber-Schutzverbandes. Hier hat die Unternehmerorganisation ihre Truppen im Feuer exerziert. Miessensummen haben die Kämpfe allerdings verschlungen, aber das war einzig die Schuld des Arbeitgeber-Schutzverbandes und seiner Ausperrungstaktik, von der er nicht früher abgegangen ist, als bis er sich im Jahre 1907 recht gründlich die Finger verbrannt hat.

Die „Arbeiter-Zeitung“ zitiert die letzten Absätze unseres Artikels und bemerkt einleitend: „Gegen den Zug der Großstadt wendet sich die „Holzarbeiter-Zeitung“ und man wird ihr von gewissen Gesichtspunkten aus bei dieser Stellungnahme nicht überall unrecht geben können.“

In einem Artikel der „Arbeitsmarkt-Correspondenz“, der in einige größere Zeitungen übergegangen ist, wir haben ihn z. B. in der „Frankfurter Zeitung“ und in der „Neuholländisch-Westfälischen Zeitung“ gefunden; wird das Problem der Abwanderung der Arbeiter aus den Großstädten in die Provinz unserer deutlicher

Anlehnung auf unseren Artikel behandelt. Nachdem einige Daten über den Umfang der in Berlin herrschenden Arbeitslosigkeit in der Holzindustrie gegeben sind, fährt der Artikel fort:

„Diese ungünstige Lage des großstädtischen Arbeitsmarktes bildet naturgemäß eine ständige Gefahr für die Aufrechterhaltung der vereinbarten Arbeitsbedingungen und ein Hindernis gegen jeden Versuch der Arbeitnehmerorganisationen, weitere Verbesserungen zu erreichen. Die Situation wird im Holzgewerbe noch dadurch verschärft, daß in den letzten Jahren in Berlin und anderen Großstädten auffallend wenig größere Betriebe neu errichtet worden sind, während in der Provinz zahlreiche neue Unternehmungen entstanden sind.“

Nachdem darauf hingewiesen ist, daß in ähnlicher Weise wie der Holzarbeiter-Verband auch die Organisation der Buchdrucker und Schriftsetzer auf eine rationelle Verteilung des Angebots am Arbeitsmarkt hinzuwirken sucht, heißt es in dem Artikel weiter:

„Nebenbei wie im Holzgewerbe und in der Buchdruckerlei liegen die Dinge bekanntlich noch in einer ganzen Reihe anderer Gewerbegebiete. Hier kann nur durch planmäßige Arbeitsmarktpolitik unter Aufsichtung des ganzen Einflusses der Gewerkschaften eine befriedigende Lösung erreicht werden.“

Auch „Der Gewerksverein“, das Zentralorgan der Tischler-Dunderschen, beschäftigt sich mit dem von uns angeschnittenen Problem. In seiner Nr. 45 behandelt er unter der Ueberschrift: „Es geht auf die Höhe!“ den Stand des Wirtschaftslebens und weist dabei auf die Menge der arbeitslosen Holzarbeiter in Berlin hin. Er bekennet sich zugleich als der dumme Kerl, oder wie wir uns in dem Artikel ausgedrückt haben, der faule Kopf, der das Barometer zerbrechen will, das hartnäckig schlechtes Wetter anzeigt. Der „Gewerksverein“ meint im Hinblick auf die fast 7000 arbeitslosen Holzarbeiter in Berlin: „Hier mag auch der obligatorische Arbeitsnachweis nachteilige Wirkungen, die vorher nicht erwartet werden konnten, hervorgerufen haben.“ Gegen diese Beschränkung zu polemisieren, können wir uns ersparen; wir haben schon im Voraus das nötige dazu gesagt.

Die „Nachzeitung“ der Tischlermeister widmet dem Gegenstand in ihrer Nr. 25 einen längeren Leitartikel, wobei sie ihrer Polemik den oben erwähnten Artikel im „Vorwärts“ zugrunde legt. Die in dem Artikel zusammengetragenen Tatsachen — es handelt sich hierbei im großen und ganzen um das gleiche Material, welches auch wir verwendet hatten — erkennt die „Nachzeitung“ als richtig an, mit dem Artikel selbst weiß sie aber nichts Neues anzufangen. Das wichtigste dünkt ihr die Mitteilung, daß die Löhne, die in den einzelnen Branchen in Berlin erzielt werden, verhältnismäßig hoch sind; sie nennt das: „Ein interessantes Geständnis“, welches ihr so wertvoll erscheint, daß sie dieses Wort als Ueberschrift für ihren Artikel wählt. Wir bemerken die Bescheidenheit, welche die „Nachzeitung“ damit dokumentiert. Die verhältnismäßig hohen Löhne, die in einigen Branchen der Berliner Holzindustrie verdient werden, sind doch kein Geheimnis. Gerade der Holzarbeiter-Verband hat doch diese Tatsache weiteren Kreisen bekanntgemacht, indem er die Ergebnisse der von ihm aufgenommenen Lohnstatistiken der Öffentlichkeit zugänglich machte, ganz im Gegensatz zu dem vom Arbeitgeber-Schutzverband in diesen und ähnlichen Dingen betriebenen Geheimnisträumerei. Es handelt sich also keineswegs um ein interessantes Geständnis, sondern um die Konstatierung einer bekannten Tatsache.

Die verhältnismäßig hohen Löhne, die in einzelnen Branchen der Berliner Holzindustrie erzielt werden, sind aber nicht ohne weiteres ein Beweis für die in Berlin herrschenden günstigen Arbeitsverhältnisse. Die Berliner Rekordpreise sind keineswegs besonders hoch, nur die weitgehende Spezialisierung der Arbeit und das intensive Schuften, das in Berlin an der Tagesordnung ist, ermöglicht die Erzielung verhältnismäßig hoher Löhne. Das ist eine Tatsache, die auswärts nicht genügend bekannt ist, auf welche aber sehr nachdrücklich hingewiesen werden muß. Vor allen Dingen muß aber denen, die Sehnsucht nach den Berliner Fleischböcken empfinden, gründlich zum Bewußtsein gebracht werden, daß auch der eingearbeitete Spezialist mit einer langen Reihe arbeitsloser Wochen rechnen muß, die trotz der erzielten verhältnismäßig hohen Löhne den Jahresarbeitsverdienst in recht bescheidenen Grenzen halten.

Daß die „Nachzeitung“ den Grund des von ihr nicht bestrittenen Uebels in dem Obligatorium des Arbeitsnachweises erblickt, nimmt bei ihr nicht weiter wunder. Sie stellt sich aber dabei dümmmer, als sie ist. Wenn sie, statt sich in Nebenarten zu ergötzen, versuchen wollte nachzuweisen, daß ohne den obligatorischen Arbeitsnachweis die Arbeitslosigkeit in Berlin eine geringere wäre, als unter der Herrschaft dieser Einrichtung, dann sind wir gern bereit, mit ihr darüber zu diskutieren. Solange sie diesen, allerdings zwecklosen Versuch nicht unternimmt, hat eine Auseinandersetzung mit ihr über den Gegenstand keinen Zweck.

Besonders ist der Schluß des Artikels. Die „Nachzeitung“ zweifelt an dem guten Willen der Berliner Tischler, die unbestreitbar vorhandene übermäßige Arbeitslosigkeit in Berlin durch eine systematisch betriebene Abwanderung zu bekämpfen. Sie erinnert an das Verschen: „Hans Hannemann, — Geh Du voran, — Du hast die größten Stiebeln an!“ Der eine Mann fragt nur allzu leicht und allzu gern: „Na, warum solls denn ich nun gerade sein, der jetzt den Anfang macht?“ Wir wollen gar nicht bestreiten, daß die praktische Durchführung des von uns bezeichneten Mittels zur Herabminderung des Ueberangebots an Arbeitskräften mit Schwierigkeiten verbunden ist. Es fällt manchem schwer, sich von einer ihm liebgekommenen Umgebung zu trennen. Man muß aber hoffen, daß die Kollegen sich nicht der Erkenntnis verschließen, daß das, was von ihnen verlangt wird, zur Gesunderhaltung der Verhältnisse unbedingt erforderlich ist. Wenn die „Holzarbeiter-Zeitung“ sich auch darauf beschränken muß, den Weg zu zeigen, so haben die Organe unseres Verbandes doch immerhin die Möglichkeit, einen Plan, den sie für zweckmäßig halten, auch praktisch zu fördern. Wir betrachten es als eine zwingende Notwendigkeit, dem vorhandenen Mißstand ernsthaft zu Leibe zu gehen und wo ein Wille vorhanden ist, da findet sich auch ein Weg. Auch auf dem in Frage stehenden Gebiete müssen sich Erfolge erzielen lassen!

### Unfallgefahren in der Holzindustrie.

Unser Verband ist unter die Aussteller gegangen und hat am Tage der Eröffnung des diesjährigen Verbandstages die unter der obigen Bezeichnung geschaffene, in einem Nebensaal des Berliner Gewerkschaftshauses untergebrachte Wanderausstellung der Öffentlichkeit unterbreitet. Das Unternehmen soll der Propaganda größeren Schutzes gegen Unfallgefahren dienen, denen die an Holzbearbeitungsmaschinen Beschäftigten ausgesetzt sind. Der Verband zählt zu den wichtigsten Aufgaben die Wahrnehmung der Interessen seiner Mitglieder und ist deshalb ohne weiteres zur Abhaltung der Ausstellung legitimiert. Ohne Zweifel ist die Frage ausreichenden Anfallschutzes für die an Holzbearbeitungsmaschinen Beschäftigten von viel größerer Bedeutung als selbst die Frage nach Lohn und Arbeitszeit, die sonst bei Differenzen im Arbeitsverhältnis im Vordergrund des Interesses steht. Steht und fällt doch mit ausreichendem Anfallschutz und der Gefahr des Verlustes oder der Verkrüppelung von Mitgliedern die Möglichkeit der Existenz überhaupt.

Durch die Beschgebung ist die Regelung des Anfallschutzes in der Hauptsache den Berufsgenossenschaften überwiesen, ihnen ist die Befugnis zugesprochen, diesbezügliche Verordnungen zu erlassen und deren Befolgung durch Strafverfügungen zu erzwingen. Es hieße aber Datteln von Datteln ernten wollen, wenn man von Arbeitgeberorganisationen Maßnahmen verlangen wollte, die dem Interesse des einzelnen Arbeitgebers zunahen treten. Nein, da gilt das Sprichwort von der Krähe, die der andere die Augen nicht aussticht. Die Berufsgenossenschaften werden, wenn eines ihrer Mitglieder seine Pflichten gar zu sehr vernachlässigt und damit wegen der Entschädigungspflicht der Berufsgenossenschaft die Gesamtinteressen der Arbeitgeber gefährdet, dasselbe zurechtweisen. Im übrigen aber und im allgemeinen glauben sie das ihrige getan zu haben, wenn sie dem Verletzten nach den gesetzlichen Bestimmungen die möglichst herabgedrückte Unfallrente gewähren. Den Arbeitern und deren Organisationen ist es deshalb nicht zu verdenken, wenn sie dem Bemühen der Berufsgenossenschaft um Verringerung der Unfallgefahr recht zweifelnd gegenüberstehen. Die Sorge um vermehrte Schutzmaßnahmen ist deshalb bei den beteiligten Arbeitern und deren Organisation dauernd. Dies um so mehr, als die Verwendung der Maschine in der Holzbearbeitung stetig steigt und somit auch die Unfallgefahr immer größer werden läßt.



Wurden bei der Gewerbezahlung im Jahre 1906 in der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe 18 014 Motorenbetriebe mit 208 285 Pferdestärken gezählt, so stieg die Zahl bis 1907 auf 88 899 Motorenbetriebe mit 408 025 Pferdestärken, außer dem wurden 1907 noch 68 898 Kilowatt an elektrischer Energie gezählt, deren Umfang 1895 so gering war, daß die Gewerbezahlung diese Kraftleistung der Elektromotoren nicht festgestellt hat. Diese Entwicklung hat zweifellos seit 1907 nicht stillgestanden, sondern ist wahrscheinlich in derselben Richtung, aber in lebhafterem Tempo fortgeschritten.

Nur ist das Verhältnis der Zahl der Verletzten zu der Zahl der Beschäftigten in der Holzindustrie nicht ungünstiger als im allgemeinen Durchschnitt. Aber schon in Bezug auf Schwere des Unfalls weisen die Berichte der Berufsgenossenschaften auf eine schwerere Belastung der Holzindustrie hin. Nach dem Durchschnitt der 12 Jahre von 1895 bis 1907 wurden bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften im allgemeinen 7,70 Entschädigte, also schwerere Verunglückte, gezählt, während bei den Berufsgenossenschaften der Holzindustrie 11,44 Entschädigte auf je 1000 Versicherte entfielen. Im Jahre 1910 wurden bei den fünf für die Holzindustrie in Betracht kommenden Berufsgenossenschaften 21 848 Unfälle gemeldet, von denen 159 tödlich verliefen und 1859 dauernde Erwerbsunfähigkeit im Gefolge hatten. Treffend illustriert die Häufigkeit der Unfälle eine Enquete, die im Winter 1904/05 von den Berliner Maschinenarbeitern veranstaltet wurde und ergab, daß jährlich im Durchschnitt auf je 100 Beschäftigte 57,24 Unfälle entfielen. Namentlich sind Verletzungen der Hände recht zahlreich. Ihre Ursache findet diese Erscheinung in der großen Rotation der Holzbearbeitungsmaschinen. Die Messerwelle einer Hobelmaschine oder der Fräskopf einer Tischfräse macht in der Minute 3000 bis 4000 Umdrehungen. In der unmittelbaren Nähe dieser sich mit rasender Geschwindigkeit bewegenden Apparate befindet sich die Hand des Maschinenarbeiters. Der geringste Zwischenfall, vielleicht etwas ungerade gewachsenes Holz oder ein Niß im Holz läßt dieses zerbrechen, und der Maschinenarbeiter hängt fast sicher mit den Händen in den Maschinen.

Die Notwendigkeit vermehrten Unfallschutzes hat schon der Verband der Maschinenarbeiter, dem die an Holzbearbeitungsmaschinen Beschäftigten früher angehörten, erkannt; durch mehrfache Erhebungen ist versucht worden, Feststellungen über Zahl und Art der Unfälle zu treffen. Das Resultat der Umfragen ist in zwei kleinen Broschüren der Öffentlichkeit unterbreitet. Jetzt gehören die Maschinenarbeiter dem Holzarbeiterverband an, und dieser bekundet sein Interesse an der Frage u. a. durch die Anweisung an seine Zahlstellen, jeden Verunfall auf eigens dazu angefertigten Fragebogen zu registrieren. Das Resultat dieser Ermittlungen wird alljährlich im Jahrbuche des Verbandes verarbeitet und bekanntgegeben.

Im Jahre 1910 beschäftigte sich der in München tagende Verbandstag erneut mit der Frage des Unfallschutzes und beauftragte am Schlusse einer eingehenden Debatte den Vorstand, Leitfäden auszuarbeiten, in denen die Forderungen der Maschinenarbeiter zusammengefaßt werden sollten. In Ausführung dieses Beschlusses fand im November 1911 ebenfalls in München eine Branchenkongferenz der Maschinenarbeiter statt, die nach eingehenden mehrtägigen Beratungen zu folgenden Forderungen kam:

**A. An die Berufsgenossenschaften:**

Vermehrung der Aufsichts- und Kontrollorgane in der Weise, daß jeder Hölz- und gründliche Revision sämtlicher der Berufsgenossenschaft unterstellten Betriebe alljährlich möglich sind.

Anstellung von Betriebskontrolleuren aus den Kreisen der Maschinenarbeiter.

Erweiterung der Vorschriften über Anbringung von Schutzbearbeitungsmaschinen und strengere Maßnahmen zur Durchführung dieser Vorschriften.

Anwendung hoher und wiederholter Geldstrafen gegen Unternehmer, die den erlassenen Vorschriften zuwiderhandeln.

**B. An die Gewerbeinspektion:**

Veranstaltung von Vorträgen über Arbeiterschutz und wirksame Anwendung von praktischen Schutzbearbeitungen in Arbeiterkreisen.

Zuziehung von Maschinenarbeitern bei Revision der Betriebe.

**C. An die Gesetzgebung:**

Vermehrung der Aufsichtsorgane bei den Gewerbeinspektionen, um eine gründliche und wiederholte Revision aller derselben unterstellten Betriebe zu ermöglichen.

Anstellung von Gewerbebeamten aus den Kreisen der Arbeiter.

Kürzung eines Maximalarbeitstages von 10 Stunden für alle Betriebe der Holzindustrie und Herabsetzung desselben innerhalb gesetzlich zu bestimmender Frist auf täglich 8 Stunden.

Gänzliches Verbot der Frauenarbeit an Holzbearbeitungsmaschinen, in Sägewerken und Holzlagerplätzen.

Verbot der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter und Lehrlinge unter 17 Jahren an den Maschinen.

Bewahrung polizeilicher Strafbefugnis an die zur Verantwortung der Betriebe angestellten Gewerbe- und Aufsichtsbeamten.

Einführung von Pflichtunterrichtskursen für alle Arbeiter an Holzbearbeitungsmaschinen über Unfallverhütung an den Maschinen und Anwendung der vorgeschriebenen Schutzbearbeitungen.

arbeiter, Säger usm. zu schaffen sei, zu deren besonderen Obliegenheiten die Propaganda größeren Unfallschutzes gehören. Zugleich wurde die Kommission beauftragt, eine Wanderausstellung zusammenzustellen und zu verwalten, um der Öffentlichkeit die Notwendigkeit größeren Unfallschutzes darzulegen. Diefem Beschlusse erband die Berliner Wanderausstellung ihre Ausführung. In einem geräumigen Saale des Berliner Gewerkschaftshauses präsentierten sie sich dem Beschauer. In einer großen Anzahl bildlicher Darstellungen werden Betriebe vorgeführt, wie sie im allgemeinen sind, Betriebe ohne alle hygienischen Einrichtungen, ohne Schutvorrichtungen, eng mit schlechtem Licht, schlechter Luft und viel Staub. Ihnen gegenübergestellt sind Abbildungen technisch vollkommener Betriebe, mit Schutvorrichtungen, Staubabsaugungsvorrichtungen usw. Im einzelnen ist die Möglichkeit größeren Unfallschutzes durch Vorführungen von Unfallschutzbearbeitungen, die zum Teil im Modell, zum Teil im Original auslegen, nachgewiesen. Runde Messerwellen, Schuttringe für Fräsköpfe, Schutvorrichtungen für Kreisfrägen, das Modell einer Staubabsaugungsvorrichtung sind neben einer großen Anzahl von Staubproben verschiedener Holzarten zur Ausstellung gelangt. Den nachhaltigsten Eindruck auf den Besucher der Ausstellung machen aber die zahlreichen Abbildungen verunfallter Hände von an Holzbearbeitungsmaschinen Verunglückter. Insbesondere gilt dies von der photographischen Aufnahme einer Abstimmung in einer Versammlung Berliner Maschinenarbeiter. Ein Wald verunfallter Hände, von denen kaum eine hell und unverletzt ist, bildet einen flammenden Protest gegen die Unzulänglichkeit der Arbeitsverhältnisse an den Holzbearbeitungsmaschinen.

Die Ausstellung war bisher sehr stark besucht. Möge der durch die Veranstaltung an die öffentliche Meinung gerichtete Mahnruf nicht ungehört verhallen.

**Die Eröffnung des Verbandstages**

fand in einer Festsitzung statt, die am Sonntag abend im großen Saal der „Neuen Welt“ abgehalten wurde. Außer den Delegierten hatten sich zahlreiche Berliner Kollegen mit ihren Damen eingefunden und die künstlerischen Darbietungen des „Berliner Volkstheaters“ unter der Leitung des Herrn Dr. G. Zander sowie des „Berliner Sinfonie-Orchesters“ fanden lebhaften Beifall.

Kollege Theodor Glöckle begrüßte die Delegierten namens der Berliner Verbandszentrale. Er wies darauf hin, daß dies der erste Verbandstag des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes sei, der in Berlin abgehalten wurde. Obwohl Berlin die weitläufigste Zahlstelle ist, haben die Berliner Kollegen in ihrer bekannten Bescheidenheit anderen Städten den Vortritt gelassen, in der Ehre, den Verbandstag zu beherbergen. Für die Kämpfe der Arbeiterschaft sowohl in gewerkschaftlicher als politischer Beziehung ist Berlin historischer Boden. Kongresse haben hier schon in großer Menge getagt. Bereits im Jahre 1848 fand in Berlin ein Arbeiterkongreß statt. Der von Frische und Schwelke einberufene Arbeiterkongreß, der im Jahre 1868 in Berlin tagte, wurde zum Ausgangspunkt der modernen Gewerkschaftsbewegung. Damals wurde auch eine Holzarbeiter-Gewerkschaft gegründet, einige Jahre später erfolgte, ebenfalls in Berlin, die Gründung des Allgemeinen Tischler-(Schreiner-)Vereins. Nicht lange, nachdem sich die beiden rivalisierenden Organisationen zum Bund der Tischler verschmolzen hatten, kam das Sozialistengesetz und Berlin war die erste Stadt, über welche der kleine Weltruhm verhängt wurde.

Anfangs der achtziger Jahre begann sich das gewerkschaftliche Leben wieder zu regen. Als eine der ersten Gewerkschaften wurde im Jahre 1880 der Fachverein der Tischler in Berlin gegründet, der sich im Jahre 1893 bei der Gründung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes diesem anschloß. Im weiteren Verlauf seiner Rede erinnerte Glöckle an die vielen Kämpfe, welche die Berliner Tischler geführt haben. Die errungenen Erfolge waren meist nicht von langer Dauer. Erst seitdem die Berliner Kollegen im Deutschen Holzarbeiter-Verband eine stabile Organisation besitzen, gelang es, die Erwerbseigenschaften dauernd zu festigen. Seit der Gründung des Arbeitgeber-Schutzverbandes wurden die Berliner Tischler die Preisfechter für die Interessen der Gesamtheit der deutschen Kollegen. Das gilt insbesondere im Hinblick auf die 18wöchige Aussperrung im Jahre 1907. Der Angriff der Unternehmer wurde damals glänzend abgefochten, dank der Unterstützung, welche Berlin bei der Kollegenchaft in ganz Deutschland gefunden hat. Die bei jener Gelegenheit von den deutschen Holzarbeitern bewiesene Solidarität hat schöne Früchte gezeitigt. Dieser Kampf insbesondere hat gelehrt, daß nur mittels einer straffen Organisation Erfolge zu erzielen sind. Wir sind aber mit dem Erreichten nicht zufrieden, wir müssen weiterwirken auf dem Wege der Erzielung besserer Arbeitsbedingungen. Von diesem Gedanken wird sich auch der Verbandstag leiten lassen und er wird neues Material zum Ausbau des Verbandes zusammenbringen. — Nachdem Kollege Glöckle unter starkem Beifall den

Verbandsvorsitzenden, Kollege Leipart, das Podium, um die Delegierten und die ausländischen Gäste namens des Verbandsvorstandes zu begrüßen. Besonders hieß er die Kollegin Marie Amann willkommen, die von der Zahlstelle Nürnberg entsandt, als erste Delegierte auf einem Verbandstag des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes erscheint. Sie ist ein lebendes Zeugnis für die starke Vermehrung der weiblichen Mitglieder in unserem Verband.

An Glöckles Ausführungen anknüpfend feierte auch Leipart die Berliner Kollegen als die Vorkämpfer und Preisfechter der deutschen Holzarbeiter. Er gedenkt dabei auch der wackeren Hamburger Kollegen, die im letzten Jahre 33 Wochen lang einen umfangreichen Kampf geführt und dabei Erfolge errungen haben, die der Gesamtheit der Kollegen zugute kommen. Auch dem Kollegen in all den anderen Orten, die langwierige Kämpfe ehrenvoll bestanden, gebührt der Dank des Verbandes.

Vor 14 Tagen hat der Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe in Köln seine Generalversammlung abgehalten. Dort ist mit großer Verbe ausgesprochen worden, daß es künftig keine Arbeitszeitverkürzung mehr gebe. Diese Kampfanfrage kommt zur rechten Zeit. Wir sind den Arbeitgebern nicht böse, daß sie uns Gelegenheit gegeben haben, mit dem höchsten Beamten des Reiches zu erklären: „Die Entwicklung steht still.“ Dieser Satz gilt auch für das wirtschaftliche Leben und speziell auch für die Holzindustrie. Die Entwicklung führt dazu, daß auch künftig eine Beschränkung der Ausbeutung durch die Verkürzung der Arbeitszeit erforderlich ist. Ob nun die Kampfanfrage der Unternehmer ernst gemeint oder ob sie nur ein Schreckschuß war, wir lassen uns dadurch nicht aus der Ruhe bringen!

Die Entwicklung des Verbandes hat in den letzten Jahren schöne Fortschritte gemacht. Der Verband zählt jetzt 100 000 Mitglieder. Das erfüllt uns mit Freude und Genugtuung, wir sind aber damit nicht zufrieden. Vor acht Jahren war das erste 100 000 Mitglieder voll, wir dürfen hoffen, noch im laufenden Jahre das zweite Hunderttausend zu erreichen, wahrscheinlich werden wir das dritte Hunderttausend in einem noch kürzeren Zeitraum gewinnen. Das ist möglich, wenn alle mithelfen. Die Aufgabe, die wir uns gestellt haben, ist schwer, aber der feste Wille, sie zu lösen, ist vorhanden. Mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß es dem Verbandstage gelingen möge, die Aufgaben, die ihm gestellt sind, zu lösen, erklärt Leipart unter dem lebhaften Beifall der Versammlung den Verbandstag für eröffnet.

Es folgt die Konstituierung. Zu Vorsitzenden werden Leipart und Glöckle gewählt. Zu Schriftführern werden gewählt Maier-Berlin, Schönenberger-Schwenningen, Seidewitz-Leipzig, Mees-Magdeburg, Müller-W. Gladbach und Haid-München. Die Mandatsprüfungskommission wird aus folgenden Kollegen gebildet: Niesel-Stettin, Scholz-Dresden, Fendel-Berlin, Seidewitz-Leipzig, Adle-Brandenburg, Schulz-Lübeck, Mühlbach-Frankfurt a. M., Groß-Magdeburg und Sigmund-Karlsruhe. — Damit war der geschäftliche Teil dieser Sitzung erledigt. Die eigentlichen Verhandlungen des Verbandstages beginnen Montag früh im Gewerkschaftshause.

Viel Anklang fand die in der Eröffnungssitzung zur Ausgabe gelangte humoristisch-satirische „Holzarbeiter-Verbandstags-Zeitung“. In Wort und Bild werden in dem Blatt, welches sich äußerlich in der Ausmachung der „Holzarbeiter-Zeitung“ gibt, Vorgänge aus dem Verbandesleben parodiert und einzelne Kollegen in gelungener und dabei doch harmloser Weise verulkt. Da anzunehmen ist, daß die Kollegen, die dem Verbandstag nicht amwohnen konnten, sich gleichfalls für das Blatt interessieren, machen wir darauf aufmerksam, daß die „Verbandstags-Zeitung“ zum Preise von 10 Pf. (nebst 3 Pf. Porto) pro Exemplar von der Verwaltung der Berliner Zahlstelle (Berlin SO. 16, Engelshof 14) bezogen werden kann. Bei Bestellungen von 20 und mehr Exemplaren erfolgt die Zusendung portofrei.

**Soziales.**

**Genossenschaftstag deutscher Konsumvereine.**

Die diesjährige Generalversammlung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine fand am 18. und 19. Juni in Gegenwart von rund 1100 Delegierten in Berlin statt. Der für die Gewerkschaftler wichtigste Verhandlungspunkt war das Referat v. C. M. s. über „Die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Aktiengesellschaft Volksfürsorge“. Deren Gründung selbst ist bereits auf dem vorjährigen Genossenschaftstag und dem Gewerkschaftskongreß im Prinzip gutgeheißen worden. Da die Gewerkschaftspresse, selbst die örtliche, wie leider bei den meisten Konsumgenossenschaftlichen Veranstaltungen auch zum Genossenschaftstag nicht eingeladen worden war, während man in der Einladung bürgerlicher Gäste keineswegs so wählerisch vorgeht, müssen wir uns auch in dieser für unsere Mitglieder besonders wichtigen Frage auf die Berichte der Tagespresse stützen:

Die „Volksfürsorge“ ist als Aktiengesellschaft gedacht, die dem Reichsaussichtsdarm für Privatversicherung unterstellt wird. Wegen der Möglichkeit kapitalistischer Entartung ist in den Gründungsbestimmungen Vorsorge getroffen, ebenso wie dabei für Dividendenhunger von Aktionären und Lantienentuch der Direktoren kein Platz ist. Der Höchstbetrag der Verzinsung des Aktienkapitals soll 4 Proz. betragen und muß jeder „Minget“ in den Versicherungen wieder zugute kommen. Die Aktien im Gesamtbetrag von 1 Million Mark werden je zur Hälfte von den Genossenschaften und den Gewerkschaften vor eingezahlt. Diese beiden Körperschaften besetzen im gleichen Verhältnis den Vorstand und Aufsichtsrat der neuen Versicherungsgesellschaft. Alle Aktien der Volksversicherung sollen eingeführt werden. Die Kapitalversicherung auf den Todesfall soll bis zu 1500 Mk. ohne ärztliche Untersuchung zugelassen werden. Wenn einmal die Prämien nicht weitergezahlt werden können, so steht es jedem Versicherten frei, seine Police in eine solche der daneben bestehenden Spar- und Lebensversicherung umzuwandeln, so daß eingezahlte Beiträge niemals verloren



### Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlass geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel bekräftigt sein.)

Zuzug ist feanzubalten von:

- Fischlern, Maschinisten und Hilfsarbeitern nach Bremen:** Javen, Burg bei Magdeburg (Fischerei: A. G. Wolf), Cassel (Hoffschreinermeister Vogt), Dannenberg an der Elbe, Dresden und Reil (Zea, Photographische Apparate), Driesen a. N. (Biegler u. Comp.), Ebingen Berg u. Wern, Elmshorn (Kölln), Freiberg i. S. (Krausch u. Ullmann), Fürstenwalde a. d. Spree (System Bureauindustrie), Fürth i. V. (Offenbacher), Gera, M. J. L. (Schleifiger, Herm. Gareis), Görlitz (Waggonfabrik), Hamburg: Falkenried (Straßenbahnwerkstätte), Harburg a. d. Elbe (Aug. Prien), Landsberg a. Nech, Langensalza, Müdenscheid (Waggonfabrik), Niebingen (Korb- und Minderwaggonfabrik), Pr. Ruhm u. Söhne, Datteln i. Westf., Roth a. S., Sensburg, Varel in Oldenburg (Joh. Wiemken), Weinheim (Schwab), Wsch in Wöhmen, Eger, Innsbruck, Linz a. Donau, Resseldorf (Waggonfabrik).
- Mobellischlern nach Hannover:** Klaviermachern nach Brüssel.
- Drechsler nach Ugnedendorf i. Schlessen:** Burg bei Magdeburg (Fischerei A. G. Wolf), Dresden und Reil (Zea), Driesen a. N. (Wentler u. Comp.), Brandorf bei Fürth i. V. (Popp).
- Polterern nach Burg bei Magdeburg (Fischerei A. G. Wolf):** Dresden und Reil (Zea), Fürth i. V. (Offenbacher).
- Parkeletern nach Charlottenburg (Arbeitsnachweis des Berufsvereins der Berliner Parkeletern, Umlandstraße):**
- Stuhlmanern nach Brand (Erzgebirgische Holzindustrie A. G.):**
- Ristenmachern nach Bremen: Semelingen (Schulze):**
- Stuhlarbeitern nach Wald i. Rheinland:**
- Korbmachern nach Schöningen (Thiemer), Montreuz:**
- Stellmachern nach Berlin, Frankfurt a. M. (Ablerwerke), Görlitz (Waggonfabrik), Hamburg: Falkenried (Straßenbahnwerkstätten), Char., Paris, Brüssel (Carrosserie Parisienne):**
- Bergoldern, Grundierern, Verzieren und Farbmalern nach Ober-Arnsdorf bei Saida in Niederböhmen:**
- Werftarbeitern nach Schnebed a. Elbe:**

wenn diese Verträge vorher eingereicht werden und beide Vertragsschließende erklären, sich dessen Spruch zu unterwerfen.

Der nächste Genossenschaftstag soll 1913 in Dresden stattfinden.

Eine Konsumgenossenschaftliche Ausstellung fand anläßlich des Genossenschaftstages in Berlin statt. Die größten Genossenschaften waren mit Modellen und Photographien ihrer Betriebsanlagen vertreten. Einen großen Raum nahmen die Erzeugnisse der Eigenproduktion ein, allen voran die Seifenfabrik Gröba, die auch einige Maschinen aufgestellt hatte, um die Erzeugung ihrer Waren zu zeigen. Die Genossenschaftszigarrenfabriken der ehemaligen Tabakarbeiter-Genossenschaft Hamburg zeigten sowohl Hochtabak wie fertige Zigarren. Die Nordhäuser Kautabakfabrik hatte ein kleines Verkaufsständchen, dessen Säulen aus riesigen „Stift“-Nollen bestanden und dessen Dach mit Tabakblättern abgedeckt war. In anderer Stelle marschieren die vielen Teesorten der G. G. G. auf, während einige Konsumbädereien Badwaren ausstellten. Von den ebenfalls ausstellenden Produktionsgenossenschaften fielen vor allem die Eberfelder Schreiner mit einer Labeneinrichtung in Naturkieser und zwei Bürozimmer in Eiche auf. Die Korbmacherei des Konsumvereins Schneeg bei einer Partie Korbmöbel: Tisch, Bank, Sessel und daneben Wasch-, Trag- und Hantelkörbe. Die Genossenschafts-Schuhfabrik Eppendorf in Sachsen stellte Haus- und Meißelschuhe und Pantoffeln aus und schließlich zeigte die Berliner Schneiderei-Genossenschaft in photographischen Darstellungen den Umfang, den ihre Produktion bereits angenommen.

Die Gesamtausstellung gab einen flüchtigen Begriff von der Bedeutung, welche die Konsumgenossenschaftsbewegung schon heute im Wirtschaftsleben hat.

**Liberalen gegen die Arbeitslosenversicherung.** Es hat eine Petition gelehnen, als solle auch Charlottenburg in die Reihe der Gemeinden eintreten, die eine Arbeitslosenversicherung eingeführt haben. Die liberale Stadtverordnetenmehrheit hat das aber erfolgreich verhindert. Wichtig ist gesagt, die Einführung der Arbeitslosenversicherung in Charlottenburg ist beschlossen worden, aber in einer Form, die ein liberaler Stadtverordneter zutreffend mit einem ausgeblasenen Ei verglich.

Schon vor längerer Zeit war ein Ausschuss zur Beratung einer Magistratsvorlage betreffend Maßregeln zur Bekämpfung der Folgen unfreiwilliger Arbeitslosigkeit eingesetzt worden. Am 22. Mai erstattete er seinen Bericht, der im wesentlichen auf eine Empfehlung der unbedingten Magistratsvorlage hinauslief. Diese sieht die Schaffung eines Arbeitslosenfonds vor, dem jährlich 10 000 Mk. aus der Stadtkasse zugeführt werden. Aus diesem Fonds sollen Arbeitslose, die seit mindestens einem Jahre in Charlottenburg wohnen, unterstützt werden. Die Unterstützung ist als Zuschuß zu der Arbeitslosenunterstützung gedacht, die der Arbeitslose auf Grund eigener Fürsorge erhält. Sie soll in Höhe der Hälfte dieser Unterstützung von der zweiten Woche der Arbeitslosigkeit ab gewährt werden, höchstens 1 Mk. pro Tag betragen und innerhalb eines Zeitraumes von 12 Monaten für höchstens 60 Tage gewährt werden. Als Einrichtungen der eigenen Fürsorge für Fälle der Arbeitslosigkeit sind hierbei vorgesehen: die städtische Arbeitslosenversicherungskasse, die Unterstützungseinrichtungen der Gewerkschaften, oder Sparguthaben bei der städtischen Sparkasse, die für diesen Zweck festgelegt sind.

Bei der Beratung dieser Vorlage in der Stadtverordnetenversammlung beantragte die Mehrzahl der Liberalen, die Gewerkschaften aus der Vorlage zu streichen. Zu der Arbeitslosenunterstützung aus den Kassen der Gewerkschaften sollte also ein städtischer Zuschuß nicht gewährt werden. Es waren recht komisch anmutende Argumente, die ins Feld geführt wurden, um der geplanten Arbeitslosenunterstützung jede Bedeutung zu nehmen. Obwohl die Vorlage vorsieht, daß der städtische Unterstützungszuschuß nicht gewährt wird bei Streiks und Aussperrungen, bei Krankheit, Schwangerschaft, Entbindung, Unfall und Invalidität, wurde doch der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß städtische Mittel in die Streikassen fließen würden. Ein anderer liberaler Stadtverordneter legte die Ansicht dar, daß Arbeiter, welche die hohen Beiträge in die Gewerkschaften zahlen, nicht als bedürftig angesehen werden können. Wergeblich war es, daß die sozialdemokratischen Stadtverordneten den entgegenstehenden Standpunkt der Gegner der Vorlage auf das gründlichste widerlegten, vergeblich auch der Hinweis des Bürgermeisters, daß der Magistrat bei Annahme des liberalen Antrages die Vorlage als gescheitert ansehe, da man sich mit einer Arbeitslosenunterstützung, von welcher die Mitglieder der Gewerkschaften ausgeschlossen sind, nur lächerlich machen würde. Der liberale Antrag wurde mit 33 gegen 20 Stimmen angenommen. Damit ist die städtische Arbeitslosenversicherung in Charlottenburg wohl beschlossen, aber sie wird schwerlich in Kraft treten.

Der sozialdemokratische Parteitag findet in diesem Jahre vom 15. bis 21. September in Chemnitz statt. Die provisorische Tagesordnung sieht neben den regelmäßig wiederkehrenden geschäftlichen Verhandlungspunkten Referate über die Reichstagswahlen, den Imperialismus, die Arbeiter und den nächstjährigen internationalen Kongreß in Wien vor, in die sich die Abgeordneten Scheidemann, Daxte, Pfandluch und Wollenkühn teilten. Außerdem wird die auf dem vorjährigen Parteitag gewählte Reorganisationskommission Bericht erstatten. Sie hat vor kurzem ihre Vorschläge an den Parteitag veröffentlicht. Die wichtigsten der von ihr empfohlenen Änderungen am Organisationsstatut bestehen in der Beschränkung der Vertretung der Reichstagsfraktion auf dem Parteitag auf ein Drittel ihrer Stärke und in der Schaffung eines Parteiaussschusses von 32 Mitgliedern, der dem Parteivorstand nebengeordnet sein soll.

Erfolge der Gewerkschaften im Kampf gegen den Alkohol. In ihren letzten Jahren Berichten äußern sich eine Anzahl preussischer Gewerbeinspektoren über die Wirkung der Maßnahmen, die gegen den übermäßigen Alkoholgenuß ergriffen wurden. Diese Maßnahmen bestehen meist in dem in der Fabrikordnung ausgesprochenen Verbot des Schnapsgenusses während der Arbeitszeit. In manchen Stellen werden den Arbeitern auch alkoholfreie Getränke zur Verfügung gestellt. Sehr ermutigend sind aber die

hierbei erzielten Erfolge gerade nicht. So konstatiert der Bericht für den Regierungsbezirk Danzig: „Dem Schnaps wird jedoch, wie überall in Westpreußen, kräftig zugesprochen.“ Ähnlich heißt es im Opperländer Bericht: „Sehr zu bedauern ist der Gang eines Teiles der Arbeiter zu übermäßigem Alkoholgenuß, wovon sie weder Verwarnung noch Strafe abschreckt.“ Auch der Merseburger Bericht konstatiert: „Der Genuß von alkoholischen Getränken ist durch die Fabrikordnung zwar streng verboten, trotzdem konnte bisher eine genaue Durchführung dieses Verbots nicht erreicht werden.“ Diese Bemerkungen beziehen sich allerdings nur auf die Zementfabriken, in welchen diesmal die Gesundheitsverhältnisse näher untersucht wurden, aber in den in Frage kommenden Gegenden dürften die allgemeinen Verhältnisse in dieser Beziehung kaum erheblich besser sein.

Um so erfreulicher ist es, daß der Bericht für den Regierungsbezirk Hannover konstatiert: „Der Verbrauch von alkoholischen Getränken hat in den letzten vier Jahren erheblich nachgelassen, wozu die Belehrung und Aufklärung über die schädlichen Folgen eines reichlichen Alkoholgenußes, wie auch der Wohlthätigkeit der Gewerkschaften infolge der Preisermäßigung geistiger Getränke entsprechend beigetragen haben.“ Eine besondere Anerkennung widmet der Bericht der Gewerbeinspektion für den Regierungsbezirk Minden der Zahlstelle Diefeld des Deutschen Holzarbeiterverbandes. In diesem Bericht heißt es: „Bemerkenswert ist das in den letzten Jahren immer mehr herorgetretene Bestreben der Arbeiterorganisationen auf Einschränkung des Genusses alkoholischer Getränke seitens ihrer Mitglieder. Besonders erfolgreich scheinen in dieser Beziehung die Bemühungen des Holzarbeiterverbandes in Diefeld zu sein, dessen Einwirkung es im wesentlichen zuzuschreiben ist, daß seine Mitglieder, bei denen der Schnapsgenuß schon keine Rolle mehr spielt, nunmehr auch das Biertrinken während der Arbeitspausen erheblich einschränken und immer mehr, besonders vormittags, der Milch als Getränk den Vorzug geben.“

Den preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten kann nicht nachgesagt werden, daß sie für unsere Gewerkschaften vor- eingenommen wären, das verbietet schon ihre Eigenschaft als preussische Beamte. Die Anerkennung, die sie dem Wirken unserer Organisationen im Kampfe gegen den Alkohol zollen, ist deshalb doppelt wertvoll. Wir bekämpfen aber nicht den Alkoholgenuß, um und die Anerkennung der Behörden zu erwerben, sondern im Interesse der Arbeiterschaft und zur Förderung des Kulturfortschritts. Deshalb müssen wir auch künftighin unaufhörlich für die Bekämpfung des Schnapsgenusses eintreten.

### Verbandsnachrichten.

#### Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokaltbeitrages erteilt, wonach der Gesamtbeitrag in diesen Zahlstellen ab 1. Juli in Strehlen und Wetza 65 Pf., Crimmitschau 70 Pf., Cella 75 Pf. und Burg 80 Pf. beträgt.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 26. Wochenbeitrag für das Jahr 1912 fällig geworden.

Die Monatskarte über die Arbeitslosigkeit im Monat Juni ist spätestens bis zum 4. Juli an uns einzusenden. Im Interesse einer vollständigen Statistik sollte die rechtzeitige Berichtserstattung an keiner Zahlstelle veräußert werden. Als vorausgabte Arbeitslosen, Meise- und Krankenunterstützung sind die im Monat Juni aus der Haupt- und Lokalkasse gewährten Beträge jeweils zusammengefaßt anzustellen. Auf der Vorderseite der Monatskarte sind die Arbeitslosen am letzten Tage des Monats ihrem Verufe nach aufzuführen. Auch von solchen Zahlstellen, in denen keine Fälle von Arbeitslosigkeit und gewährter Krankenunterstützung vorliegen, ist eine Monatskarte mit Angabe der am Schluß des Monats vorhandenen Mitgliederzahl einzusenden.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 46223 Adolf Haberland, Tischl., geb. 8. 11. 78 zu Wasanowo.
- 99214 Karl Niemann, Tischl., geb. 4. 5. 74 zu Pardubitz.
- 146212 Franz Werlich, Tischl., geb. 29. 10. 66 zu Göttingen.
- 207613 Karl Bressel, Tischl., geb. 13. 7. 62 zu Siebingshausen.
- 302134 Martin Knüttel, Tischl., geb. 16. 7. 88 zu Wüßow.
- 313799 Wilhelm Gemmitollmann, Riffenmacher, geb. 28. 4. 80 zu Bremen.
- 377965 Ernst Schacht, Tischl., geb. 2. 10. 88 zu Weimor.
- 470272 Emil Prähler, Leisterm., geb. 18. 2. 92 zu Hermsdorf.
- 476031 Fritz Siefert, Tischl., geb. 9. 2. 89 zu Reifershausen.
- 480831 Anton Borg, Polierer, geb. 21. 3. 86 zu Fürth.
- 507862 Bruno Runge, Tischl., geb. 22. 5. 55 zu Geringswalde.
- 508915 Arthur Müller, Tischl., geb. 9. 2. 88 zu Leipzig-Lindenau.
- 531488 Vinz. Brantigam, Sager, geb. 19. 7. 87 zu Gauting.
- 549104 Johann Bizala, Drechs., geb. 10. 10. 56 zu Jemnitz.
- 556169 Hermann Frankfeld, Tischler, geb. 15. 10. 82 zu Hannover.
- 583099 Bruno Behold, Tischler, geb. 11. 9. 92 zu Glatun.
- 599716 August Klein, Tischler, geb. 30. 5. 85 zu Trier.
- 605193 Karl Ostermeier, Tischl., geb. 12. 10. 94 zu Niederbedsen.
- 608608 Wenzel Thiel, Holzarb., geb. 28. 9. 80 zu Bärtingen.

Berlin C. 2. Neue Friedrichstr. 2.

#### Der Verbandsvorstand.

Agitation unter den Stod- und Schirmmachern. Unterzeichneter hielt anfangs Juni Agitationsveranstaltungen für die Stod- und Schirmindustrie in Hamburg, Cichwege und Kassel ab. In Hamburg handelte es sich um Gründung einer Sektion. Leider war nur die Hälfte der zu mehr als 90 Proz. organisierten Kollegen erschienen.

sein können. Der Einzug der Beiträge soll durch die Funktionen der Konsumgenossenschaften und der Gewerkschaften gegen eine ganz niedrige Entschädigung erfolgen, so daß die Verwaltungskosten verschwindend sein werden, während z. B. die Versicherungsgesellschaft „Victoria“ mit 23 Proz. Geschäftskosten arbeitet und dabei trotzdem noch 33 Proz. des Aktienkapitals als Dividende den Aktionären in den Schoß zu werfen vermag. Es besteht die Aussicht, daß die Volksfürsorge mit Beginn des nächsten Jahres in Tätigkeit treten kann. Die Interessenten der privaten Versicherungsgesellschaften haben schon jetzt eine recht ruhige Kampfesweise gegen den neuen Konkurrenten eingeschlagen. Von ihrer Seite ist sogar die Verdächtigung ausgesprochen worden, daß die Gelder der Volksfürsorge für Partei- oder Streikzwecke verwendet würden. Datan ist natürlich kein wahres Wort.

Namens der Generalkommission der Gewerkschaften schloß sich Bauer den Ausführungen Gms an.

Der Genossenschaftstag billigte sodann ein vorgelegtes Musterstatut für Konsumvereine und nahm ein Referat Dr. Müller-Hamburg über: Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Kleinhandels entgegen. Aus demselben dürfte die Feststellung interessieren, daß in Deutschland die Handelsbetriebe präzentual weit stärker wachsen als die Bevölkerung, während bekanntlich die Mittelständler immer glauben machen wollen, daß der Handel durch die Konsumvereine ganz gedrückt würde. Auf 34 Familien kommt heute ein Lebensmittelhändler und schon auf 7 Familien eine im Handel beschäftigte Person. Dadurch werden tatsächlich die Waren unnötig verteuert, während bei den Konsumgenossenschaften infolge größerer Umsätze jene Unkostensparnis den Konsumenten zugute kommt.

Ueber die Unterstützungskasse des Zentralverbandes wurde berichtet, daß diese jetzt 5883 Mitglieder umfaßt und über ein Vermögen von 2 187 000 Mk. verfügt. Nach Inkrafttreten der Privatbeamtenversicherung soll die Kasse als Zuschußkasse bestehen bleiben und ist in Aussicht genommen, daß sich die dem Gewerkschaften unterstehenden Mitglieder bei ihr nur mit dem halben Gehalt versichern brauchen, um diesen Personen die Beiträge nicht zu hoch werden zu lassen.

Zu einer Auseinandersetzung führte zum Schluß noch der Bericht des Tarifamtes, in dem u. a. die Mahnung an die Gewerkschaften gerichtet wurde, bei Einstellung von Arbeitskräften unter allen Umständen die gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise zu benutzen. Dabei soll es aber den Genossenschaften frei stehen, bei mehreren zur Auswahl stehenden draußen die Mitglieder der eigenen Genossenschaft zu bevorzugen. Zur Annahme gelangte ein Antrag, wonach auch Streitigkeiten aus anderen Tarifverträgen der Genossenschaften als den mit den Wägern, Transportarbeitern, Lagerhaltern und Sandlungschiffen abgeschlossenen vom Tarifamt entschieden werden können,



In der Debatte wurde die Lage der Schirmmacher und Näherinnen eingehend besprochen. Die Löhne der Schirmmacher betragen 27 bis 38 Mk., im Durchschnitt 30,40 Mk. Im letzten Jahre wurde der schlechte Konjunktur wegen 4 bis 7 Monate nur halbe Tage gearbeitet. Die Lage der Näherinnen wurde teilweise als eine trostlose geschildert. Während ein Teil der Näherinnen 20 Mk. und darüber bei voller Arbeitszeit erzielt, beuten andere Geschäfte Lehrlinginnen bei sechsmonatiger Lehrzeit mit Löhnen von 8 bis 1 Mk. aus. Die Arbeit ist nur Lollarbeit, so daß die Arbeiterinnen nicht den ganzen Schirm fertigstellen lernen, sondern die eine zusammennäht, die zweite aufnäht usw. Nur Zusammennäher wird per Dutzend 20 bis 35 Pf., für Aufnäher je nach Qualität 0,90 bis 1,45 Mk. gezahlt. Während die Schirmmacher gut organisiert sind, ist nicht eine Näherin organisiert. In einem Betrieb hatte die Einzelleiterin der Schirmmacher den Erfolg, daß Lohnzulagen von 2 Mk. per Woche erzielt wurden sowie 3 Tage Ferien bei Fortzahlung des Lohnes für alle Arbeiter.

In Schwere sind die Organisationsverhältnisse ungünstig. Nur ein Drittel der Kollegen sind organisiert, und nur die Hälfte derselben hatten der Einladung Folge geleistet. Die Löhne sind zum Teil äußerst niedrige. Es besteht das System: „Teile und herrsche“. Wenige Arbeiter erhalten annehmbare Löhne, während die anderen um so schlechter bezahlt werden. Für Wierer findet man bei 10stündiger Arbeitszeit 17 bis 18 Mk. Wochenlohn. Andere Arbeiterkategorien werden noch schlechter bezahlt. Die wenig niedriger Lohn die Prosperität des Geschäfts verbirgt, zeigt die Firma Biermann u. Lindenbaum, welche in Konkurs ging, trotzdem Wochenlöhne bis zu 8 bis 4 Mk. herunter gezahlt wurden. Dafür blieb dieselbe aber auch bei einer Bank mit 50 000 Mk. und einer zweiten mit 15 000 Mk. hängen. Die Unternehmer haben dauernd zu Schleuderpreisen geliefert und dadurch die ganze Industrie aufs Schwerste geschädigt. Die Kosten ihrer Schädigung zu zahlen überlassen die Herren nun den Banken und den schwer geschädigten Lieferanten. Aufgabe der Kollegen in Schwere muß es sein, den Weg zur Organisation zu finden, um durch dieselbe ihre Lage zu einer menschenwürdigen zu gestalten.

In Raffel war die Versammlung ebenfalls nicht gut besucht. Nach dem Streit scheint die alte Laubheit der Kollegen und Kolleginnen wieder einzuziehen. Die Kollegen sollten hier denn doch bedenken, daß errungenes nur durch Einigkeit aufrechterhalten werden kann und sollten sich hüten, sich durch Wohlfahrtsrichtungen, wie Spartassen und ähnlichem, von den Zielen, Verbesserung der Lage durch die Macht der Organisation, abhalten zu lassen. Bei der großen Zahl Jugendlicher, die die Firma beschäftigt, ist der geschlossene Zusammenhalt um so mehr erforderlich.

J. L. Sildebrand.

Korrespondenzen.

Altensteig (Schwarzwaldb). In der Möbelfabrik Wackerhut ist es nicht genug, daß die Arbeiter eingesperrt sind wie in einer Strafanstalt, es ist ihnen nicht einmal erlaubt, mitten im Sommer ein Fenster zu öffnen, weil vielleicht auch einmal ein Arbeiter hinausgehen könnte, was sonst bei dem watten Glas der Scheiben nicht möglich ist. Der Herr Fabrikant, welcher den ganzen Tag hinter seinen Arbeitern steht, schämt sich nicht einmal, sich an einem 62jährigen Arbeiter zu vergreifen, um seine Wut an ihm auszutoben. Ein ungebildeter Schwarzwaldbauer würde sich rücksichtsvoller benehmen. Ein anständigeres Verhalten wäre besser, als die schöne Titulierung, wie „Derrgottskumpen“. Schuld an diesen Zuständen sind zum großen Teil die Arbeiter selbst, die heute noch nicht begreifen können, was der Holzarbeiterverband für sie leisten kann. Wenn alle Mann für Mann dem Verbands beitreten, dann würden solche Fälle nicht mehr vorkommen können. Auch die organisierten Kollegen sollten sich mehr kollegial verhalten und die Versammlungen besser besuchen, damit man solchen Herren Arbeitgebern zeigen kann, daß sich die Arbeiter nicht wie ein Stück Vieh behandeln lassen.

Berlin (Korbmacher). Eine am 19. Juni abgehaltene, gut besuchte Versammlung nahm Stellung zur Frage der Branchenkonferenz. Der Obmann legte einleitend die Notwendigkeit einer solchen dar, indem er auf die Verschleppungen im Verufe und die mangelhafte Organisation der Korbmacher hinwies. Die nachfolgende Diskussion brachte allseitige Zustimmung und das Verlangen, auf der Konferenz vor allem anderen die Agitationsmöglichkeit zu besprechen und den Eintritt in eine großzügige Werbearbeit zu beschließen. Die Zentralkommission wurde ersucht, den Antrag auf Abhaltung einer Branchenkonferenz beim Verbandsvorstand zu unterstützen.

Hessburg. Die Firma J. S. Castens hat schon mehrmals durch die Zeitung Polierer herangezogen, sobald die Leute warm geworden sind, werden dann Akkordpreise aufgedrängt, bei welchen es ganz unmöglich ist, auch nur einigermaßen auf den vereinbarten Stundenlohn zu kommen. Die meisten der Zugezogenen waren gezwungen, wieder abzureisen, da es hier an Arbeitsgelegenheit für Polierer fehlt. Wir ersuchen deshalb die Kollegen, sich vor Arbeitsaufnahme erst bei der Ortsverwaltung zu erkundigen. Ein eigenartiges Verhältnis herrscht ferner bei der Möbelfabrik Reichbauer. Dort werden Tag für Tag Zähler eingestellt. Tag für Tag hören Zähler auf oder werden aufs Straßen gejagt. In letzter Zeit macht sich ein neuer Werkführer recht bemerkbar. Derselbe spart nicht mit Kräftauszügen, besonders gegenüber den dänischen Kollegen. Durch solches Gebaren wird das ohnedies ungesunde Verhältnis in der Werkstatt nur noch verschlechtert.

Hamburg. (Korbmacher). Die Versammlung am 15. Juni nahm Stellung zu der von verschiedenen Orten angeregten Konferenz. Die Kollegen sind der Meinung, daß es nur von Nutzen sein könne, wenn auch den kleineren Branchen hin und wieder Gelegenheit gegeben würde, zusammenzukommen und über Mittel und Wege zu beraten, wie die noch fernstehenden Kollegen dem Verbands zuzuführen sind. Allgemein wurde betont, daß für die schlecht entlohnten Kollegen eine niedrige Beitragsklasse geschaffen werden müsse mit dementsprechender Unterstützung. Die Zentralkommission soll beim Vorstand die nötigen Schritte

nehmen. Ein Antrag der Lohnkommission, für das 3. Quartal einen Beitrag von 1 Proz. zur Stärkung der Lokalkasse zu leisten, wurde angenommen. Im vorigen Jahre waren wir durch die schlechte Konjunktur leider nicht in der Lage, die freiwilligen Beiträge so abzuführen, wie es bei den Korbmachern sonst üblich war. Nach Abschluß unseres Tarifs ohne wirtschaftliche Schädigung wollen wir nun das Versäumte nachholen, um auch zur gegebenen Zeit unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen energisch vertreten zu können.

Leipzig. (Stellmacher). Obwohl wir schon mehrmals an dieser Stelle darauf hingewiesen haben, daß sich arbeitsuchende Kollegen streng an den Nachweis unseres Verbandes wenden sollen, wird dies doch bei weitem nicht immer befolgt. Es ist in letzter Zeit wiederholt vorgekommen, daß auswärtige Kollegen bei hiesigen Firmen schriftlich um Arbeit angefragt haben und angenommen wurden, obwohl in Wirklichkeit Arbeitsplätze nicht frei waren. Die Tendenz der Unternehmer geht in solchen Fällen gewöhnlich dahin, sich die in irgendeiner Weise unbeliebten, im Lohn hochstehenden und mit den hiesigen Verhältnissen vertrauten Kollegen zu entledigen und sie durch neue, billigere Arbeitskräfte zu ersetzen. Hier trat nicht nur das eine Uebel in Erscheinung, die Löhne herabzudrücken, sondern es wird unter solchen Umständen niemals gelingen, die Unternehmer an eine geregelte Arbeitsvermittlung zu gewöhnen. Aus diesem Grunde beschloß sich am 15. Juni eine gutbesuchte Branchenversammlung mit der Arbeitsvermittlung im Stellmachergewerbe. In dem einleitenden Referat legte Kollege Winkler klar, welche Wichtigkeit eine geregelte Arbeitsvermittlung auf die Gestaltung unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen bedeutet. In der darauffolgenden recht lebhaften Diskussion sprach man sich allseitig dahin aus, daß wenn bei der nächstjährigen Tarifbewegung für die Leipziger Holzindustrie der partielle Arbeitsnachweis zur Einführung gelange, derselbe auch unter allen Umständen für das Stellmachergewerbe Gültigkeit haben müsse. Aus diesem Grunde ist es notwendig, die Arbeitgeber schon jetzt daran zu gewöhnen. Eine Resolution fand einstimmige Annahme, in der die Versammlung gelobt, ihren ganzen Einfluß dahin geltend zu machen, daß die Arbeitsvermittlung mehr denn je durch den Nachweis unseres Verbandes geschieht, und mit allen Kräften dahin zu wirken, das Umschauen und Sichanbieten in den Betrieben zu unterbinden, um dadurch die Arbeitsvermittlung anderen Branchen der Holzindustrie gleich zu bringen. Ferner wurde beschlossen, strengste Kontrolle in den Betrieben durchzuführen. Wir ersuchen nunmehr alle, insbesondere die auswärtigen und reiselaufenden Kollegen, bevor sie in Leipzig in Arbeit treten, sich an den Sektionsleiter oder das Bureau unseres Verbandes zu wenden.

Neuhausen i. Ergg. Seitdem es gelungen ist, in der benachbarten Spielwarenmetropole Heidelberg-Seiffen festen Fuß zu fassen, sind die organisierten Arbeiter den dortigen Fabrikanten ein Dorn im Auge. So werden hier und da Kollegen aus ganz nützigen Gründen gemahnt, nur um die uns noch fernstehenden Kollegen einzuschüchtern. Bei der Firma M. Weiske h. v. m. in Heidelberg wurde am 1. Juni unser Beitragsammler ohne jeden Grund entlassen. Als nun aber der Kollege den Grund seiner Entlassung wissen wollte, wurde ihm höhnisch lächelnd erklärt, es müsse ein anderer an die Maschine, der mehr verdiene. Nun ist i. J. Müsere um so auffälliger, da der Kollege bereits das vierte Jahr in diesem Betrieb beschäftigt ist. In Wirklichkeit fürchtet man, daß mit Hilfe des Verbandes bessere Zustände eingeführt werden könnten. Heute müssen die Drechsler, mit Ausnahme weniger, alles Handwerkszeug selber stellen, sowie alle Hilfsmittel und Vorrichtungen, wie Futter, Stifte, Schrauben usw., unentgeltlich selber anfertigen, was manchmal mit großen Zeitverlusten verbunden ist. Auch haben die Akkordarbeiter Petroleum zu Nachtzwecken, die Polierer Politur und Spiritus an die Firma zu bezahlen. Ventilation findet man nur bei den Schleifscheiben, obgleich auch die anderen Maschinen sehr viel Staub entwickeln, besonders wenn harte Holz wie Ebenholz oder Kotos verarbeitet werden. Um zu dem Ausgange zu gelangen, muß man oft über Berge von Abfällen und arbeitende Zirkelgänger klettern. Die Schutzvorrichtungen fehlen ganz oder teilweise. Mit einer Ausnahme sind allgemein noch viertägige Messerwellen vorhanden. Die Maschinenräume sind überhaupt so beschaffen, daß keiner dem anderen ohne Rippenstöße ausweichen kann. Es ist wiederholt vorgekommen, daß Arbeiterinnen an gefährlichen Maschinen arbeiten mußten. Die Flachpolierer arbeiten in einem Raum, der so voller Dunst ist, daß sie abends ganz abgespannt nach Hause gehen, weil keine Luftventilation vorhanden ist. Hier können nur durch den Zusammenschluß der Kollegen bessere Zustände geschaffen werden. Die bereits organisierten Kollegen müssen daher die uns noch fernstehenden Holzarbeiter aufritteln und unserer Organisation zuführen. Dann werden auch die Kollegen von Heidelberg-Seiffen ein menschenwürdigeres Dasein führen können.

Niederfelditz. Mit der Firma Ab. Trippner in Großschadowitz, bei der die Kollegen im Dezember in den Streit traten, ist es nunmehr zu einem Vertragsabschluß gekommen. Die Firma erkennt die Dresdener Lohn- und Arbeitsbedingungen an. Wir ersuchen nun die Kollegen auch anderer Betriebe, die tariflichen Abmachungen strikte einzuhalten, um endlich eine Einheitlichkeit über das ganze Lohngebiet zu erzielen. Da in letzter Zeit Beschwerden eingegangen sind, daß verschiedene Betriebe durch Umschauen sehr überlaufen werden, verweisen wir die Kollegen auf den Arbeitsnachweis sowie auf den Beschluß, wonach das Umschauen im Bezirk Niederfelditz-Rügeln verboten ist.

Nürnberg. (Ein Terrorismusmärchen). Im „Holzarbeiter“ vom 7. Juni gefaßt sich die hiesige Ortsverwaltung des christlichen Verbandes darin, in fast einer vollen Spalte grausige Geschichten von sozialdemokratischem Terrorismus unter den Arbeitern der Weststadt in d u r t i e zu erzählen, die sich bei der bekannten Firma vorm. Johann Haber zugetragen haben sollen. Als erstes wird erzählt, daß am 8. September letzten Jahres unsere Kollegen unter Niederlegung der Arbeit die Entlassung einer Arbeiterin Brods verlangt hätten, doch sei die Firma fest geblieben. Nach den Reichstagswahlen sei den Genossen erst der Kamn geschwollen und man habe den ein-

zelnen christlich organisierten erklärt: „Wenn Du nicht in unseren Verband übertrittst, legen wir die Arbeit nieder. Wir werden schon sorgen, daß Du dann aus dem Betriebe herauskommst.“ Auf diese Weise habe man in wenigen Wochen 8 Mitglieder zum Deutschen Holzarbeiterverbande übergeben. Und dann das Schlimmste. Man habe gefordert, daß eine Arbeiterin Pottenkofer entlassen würde, die nicht nur den Uebertritt ablehnte, sondern auch noch für den christlichen Holzarbeiterverband agitiert habe. Die Arbeiterin habe tatsächlich am 17. Mai die Kündigung erhalten, wobei die Direktion als Grund angab, daß sie andere Arbeiter beschäftigt habe. Nachdem auf christliche Fürbitte die Kündigung rückgängig gemacht worden sei, haben die bösen Sozis das Zusammenarbeiten mit diesem Fräulein Pottenkofer verweigert. Die Westfirma Haber habe sich dann tatsächlich „dem roten Terror gebeugt“ und die Arbeiterin und ein des gleichen Verbrechens beschuldigtes Mitglied des Deutschen Holzarbeiterverbandes aussetzen lassen, bis über die Angelegenheit mit dessen Zahlstelle verhandelt sei. Wörtlich heißt es dann:

„Erst werden also unsere Mitglieder unter falschen Anschuldigungen herausdenunziert und wenn sich herausstellt, wie schofel die Gesinnung der Denunzianten ist, dann besitzt man gar noch den traurigen Mut, zum Zwecke der Entlassung der christlich gesinnten Arbeiter in den Auszustand zu treten! Und das bei einer Westfirma, wie es die Firma Haber ist! Wenn eine solche Firma sich schon der Diktatur der Sozialdemokraten beugt, dann kann man von anderen weniger gut fundierten Firmen tatsächlich nichts anderes verlangen.“

Somit das christliche Verbandsorgan, welches hier wieder in gewohnter Weise seinem Lesern terroristische Schwindelgeschichten aufischt, um die 85 christlich organisierten (unter fast 700 Arbeitern) als die Märtyrer ihrer Ueberzeugung erscheinen zu lassen. Aber gerade in diesem Falle haben die armen „Opfer“ eine wenig ehrenwerte Rolle gespielt. Da ist zunächst die Dame Brods, die zur Vertretung einer erkrankten Kollegin an deren Arbeitsmaschine gestellt wurde und sich nach der erfolgten Gesundmeldung in wenig christlicher Weise weigerte, den Arbeitsplatz zu räumen, trotzdem ihr dies keine Verdienstverschlechterung bringen sollte und dies im Betrieb stets so üblich ist. Die daraus entstehende Differenz wurde nur durch das Entgegenkommen einer bei uns organisierten Arbeiterin gelöst, die in die Abteilung übertrat, zu der eigentlich die Arbeiterin Brods gehörte. Bei dem weiteren Fall, den angeblich erzwungenen Uebertritt dürfte es sich ganz um ein Produkt christlicher Phantasie handeln, denn trotz eifriger Nachforschungen konnten wir keinen Anhaltspunkt für das Aufkommen dieser Mär feststellen.

Die Prone des ganzen Feldzuges bildet aber der Fall des schlafertigen Fräulein Pottenkofer. Das christlich organisierte Fräulein benahm sich ihren Kolleginnen gegenüber wiederholt sehr unfein, sie gebrauchte Schimpfwörter und Neuerungen solcher Art, daß sie hier nicht wiedererzählt werden können. Als ihr hierüber Vorhalt gemacht wurde, veranlaßte sie ihren jungen, unerfahrenen Bräutigam, außerhalb des Betriebes mit ihr gemeinsam einen derartigen Sclandal anzuschlagen, daß vorübergehende Leute und Schulkamrieren eingezogen mußten, um das Bierflasche und Schlüssel bewaffnete Brautpaar von Täuschkeiten abzuhalten. Dieses Benehmen innerhalb und außerhalb des Betriebes gab Veranlassung zu einer Beschwerde bei der Firma, die nach genauer Information die Arbeiterin entließ. Auf Einspruch des christlichen Vertreters, der hierin eine einseitige Maßnahme erblickte, erklärten sich die Arbeiter und Arbeiterinnen des Betriebes damit einverstanden, daß auch der Liebhaber der christlichen Braut entlassen wurde, obwohl er dem Deutschen Holzarbeiterverbande angehört. Damit waren beide gleich getroffen und eine Einseitigkeit vermieden. Als aber die von der Firma entlassene christliche Arbeiterin am Montag zum Erstaunen aller wieder am Arbeitsplatz erschien, ging die Geduld und Nachsicht der Arbeiter zu Ende. Wenn hier die modernen organisierten Arbeiterinnen sich nicht roh beschimpfen lassen und mit zartfühlenden und rauschlustigen Kollegen und Kolleginnen, ganz gleichgültig, welcher Organisation sie angehören, nicht zusammenarbeiten wollen, so bedarf es schon eines fromm-christlichen Gemütes, um daraus Terrorismus zu konstruieren. Wir müssen im Gegensatz hierzu ein anständiges Benehmen gegen die Mitarbeiter als selbstverständliche Pflicht eines jeden Arbeiters und jeder Arbeiterin bezeichnen. Der christliche Verband aber schiebt seinen gegen die einfachsten Anstandsregeln verstößenden Mitgliedern noch eine Märtyrerkrone. Da der „Holzarbeiter“ mitteilt, daß die Sache dem Staatsanwalt übergeben sei, besteht ja die Hoffnung, auch diese Schauergeschichten gerichtlich als das festzustellen, was sie sind: als christlichen Schwindel!

Samter. Seit Oktober 1911 besteht an unserem Ort wieder eine eigene Zahlstelle des Verbandes und haben wir es jetzt auf 24 Mitglieder gebracht. Eine weitere Anzahl Holzarbeiter gehört hier der polnischen Berufsvereinigung an, der die zwangsweise Germanisierung der Bevölkerung seitens der preussischen Regierung zugute kommt. Die Maßnahmen der letzteren rufen naturgemäß den Widerspruch unserer vorwiegend polnisch sprechenden Bevölkerung hervor, und treiben auch unsere Kollegen zum Teil in die nationalpolnischen, anstatt in die alle Nationalitäten umfassenden freigewerkschaftlichen Organisationen. Gegenüber den Bestrebungen, die Arbeiterschaft nach nationalen oder religiösen Gesichtspunkten zu trennen, gilt es immer wieder darauf hinzuweisen, daß diese Zerplitterung nur dem Unternehmer zum Vorteil sein kann. Zur Erlämpfung besserer Lebensbedingungen bedürfen die Arbeiter möglicher Einigkeit. Ist nun unserer gewerkschaftlichen Arbeit der Boden durch die gegebenen Verhältnisse ohnedies erschwert, so müssen die vorhandenen Mitglieder um so fester zusammenhalten und vor allem zu jeder Zusammenkunft regelmäßig erscheinen. Die Versammlungen unserer Zahlstelle finden stets am Mittwoch nach dem 15. des Monats, abends 7 1/2 Uhr, statt.

Wunsiedel. Lange Arbeitszeit, niedrige Löhne und grobe Behandlung kennzeichnen die Lage der hiesigen Schreiner. Täglich 10 Stunden ist normal, ein Betrieb hat sogar 11- bis 12stündige Arbeitszeit. Dieser Meister







In **Waggonfabrik** ist durch die, anlässlich des Streiks in der Waggonfabrik, hier weilende Nagmared-Truppe die Unruhe auf den Straßen auf ein fast unerträgliches Maß gestiegen. Nächtliche Orgieen sind jetzt in dem sonst so friedlichen Gartenstadlviertel keine Seltenheit mehr. In der Nacht zum 18. Juni wurden auf der Hauptwerkstraße zum Bahnhofs drei Passanten derartig verlegt, daß dieselben ins Krankenhaus geschafft werden mußten. Passanten, die zur Bahn wollten, wurden die Berliner Straße hinausgejagt. Die Polizei war diesem Treiben gegenüber machtlos. Auch die Straßen um die Waggonfabrik selbst werden durch Ausfälle dieser Arbeitswilligen unsicher gemacht. Auf Grund dieser Verhältnisse haben in den letzten Tagen Menschenaufläufe stattgefunden, bei denen auch Verhaftungen vorgenommen und die Verhafteten der Staatsanwaltschaft zugeführt wurden. Davon, daß Nagmared-Gardisten schon der Staatsanwaltschaft vorgeführt wären, die selbst Schulpflege tätlich angegriffen haben, ist aber bis jetzt noch nichts bekannt geworden. Die Streikposten sind oft den Anpöbelungen dieser Menschen ausgesetzt, und es ist hier nur der gewerkschaftlichen Erziehung zu danken, wenn nicht darauf reagiert worden ist. Die Streikenden selbst verhalten sich ruhig und sehen getrost der Zukunft entgegen. Die Direktion setzt ihre Hoffnungen nun auf den 1. Juli als den Termin der Mietzahlung, sie wird aber auch hierin eine Enttäuschung erleben.

In **Grünstadt** (Pfalz) konnten zwei Lohnbewegungen ohne Streit zum Abschluß gebracht werden. Mit den in Frage kommenden vier Arbeitgebern der Tischlereibetriebe wurde ein vierjähriger Vertrag vereinbart, der neben der täglichen Arbeitszeitverkürzung von einer halben Stunde im Sommer und einer Stunde im Winter für die Dauer der Vertragsperiode eine Lohnerhöhung von 7 Pf. die Stunde bringt. Ebenfalls wurden die Aufschläge für Überstunden geregelt. Mit der Bürstenfabrik Hering wurde ebenfalls ein Vertrag vereinbart, der neben einer täglichen Arbeitszeitverkürzung von einer halben Stunde, eine Erhöhung sämtlicher Akkordpreise dergestalt vorsieht, daß ein Mehrverdienst von 3 bis 4 Mk. pro Woche bei bisheriger Arbeitsleistung in Zukunft gesichert ist. Daneben ist noch ein Mindeststundenlohn bei Lohnarbeit festgesetzt.

In **Sof** gelang es uns bei der Firma Häbrich, für die Säger zu der freiwilligen Aufbesserung im Frühjahr noch 4 Pf. Lohnerhöhung herauszuholen und 2 Pf. für sofort, 2 Pf. für nächstes Jahr.

In **Rüdingen** konnten die Schreiner ebenfalls einen Vorstoß wagen. Die Arbeitszeit wurde in den Großbetrieben um 1 Stunde verkürzt, bei den Kleinmeistern um 3 Stunden, die Löhne um 5 Pf. aufgebessert.

In **Lüdenscheid** sind, nachdem die Kündigungsfrist abgelaufen, sämtliche bei den Bauunternehmern beschäftigten Tischler in den Ausstand getreten. Am Orte stattgefundenen Verhandlungen führten zu keinem Resultat, jedoch sollen die Verhandlungen im Laufe dieser Woche, unter Einziehung der Gauleiter, fortgesetzt werden. Zu einer Einigung kann es nur dann kommen, wenn die Unternehmer ihren durch nichts begründeten hartnäckigen Standpunkt aufgeben und den neuen Lohnsatz anerkennen. Von einem Zurückweichen von dieser Forderung kann unsererseits keine Rede sein.

In **Wesingen** sind die Schreiner, Wagner und Maschinearbeiter der Kinderwagenfabrik Fritz Kühn u. Söhne am 24. Juni in den Streik getreten. Sie fordern geregelte Arbeitsteilung und anständige Behandlung.

In **Neuwied** sind die Schreiner in eine Lohnbewegung eingetreten und stehen mit der Innung in Unterhandlungen. Deren Ausgang wird viel vom Zusammenhalt der Kollegen abhängen.

In **Nördlingen** erreichten die Schreiner eine Arbeitszeitverkürzung von 2 Stunden, von 60 auf 58, und 6 Pf. Lohnerhöhung.

In **Roß am Sand** bedurfte es erst eines zweiwöchigen Streiks, um die Meister zur Anerkennung der gestellten Forderungen zu bringen. Der Erfolg ist, daß die Arbeitszeit von 60 auf 57 1/2 Stunden mit Lohnausgleich verkürzt wird. Die Löhne werden außerdem um 5 Pf. erhöht.

In **Stettin** ist es gelungen, für die Korbmacher nach zweimaliger Verhandlung mit der Korbmacherrinnung und dem Provinzialverband der Korbmachermmeister einen neuen Tarifvertrag abzuschließen. Die Akkordpreise wurden im Durchschnitt für weiße Arbeit um 10 1/2 Proz., für grüne Arbeit um 8 Proz. erhöht. Die Stundenlöhne erhöhen sich um 5 Pf. Daneben ist eine Arbeitszeitverkürzung von 60 auf 57 Stunden erreicht worden. Zur Schlichtung von Streitigkeiten aus dem Vertrag ist eine Schlichtungskommission vorgesehen. Der Vertrag ist am 17. Juni in Kraft getreten und hat Gültigkeit bis 15. Juni 1915. Auch für die Ortschaften Alt-Ida und Finkenheide, die zum Stettiner Zahlstellengebiet gehören, ist ein Vertrag abgeschlossen, der dieselben Verbesserungen und Bestimmungen enthält. Noch nicht geregelt sind die Verhältnisse beim Korbmachermmeister Lunburg in Stettin-Kammerendorf, Herr Lunburg fertigt nur Ballonkörbe für die „Chemische Probierfabrik“ in Kammerendorf, und kann, wie er uns mitteilt, die neuer Tarifpreise nicht bewilligen, solange er vor der Fabrik selbst keine höheren Preise erhält. Die dort beschäftigten Kollegen haben sich deshalb entschlossen, trotzdem sie der Organisation nicht angehören, die Arbeit einzustellen. Der Betrieb der Firma Lunburg ist vor uns gestoppt.

In **Schwand**, zur Zahlstelle Schwabach gehörig, kam uns die Firma Ray entgegen, indem sie die Arbeitszeit von 58 auf 56 Stunden herabsetzte und die Akkorde um 10 Proz. im Durchschnitt erhöhte.

In **Schwarzenbach a. S.** hat die Holzwarenfabrik Veger unserem Drängen nachgegeben und die Arbeitszeit bei gleichem Lohn auf 60 Stunden die Woche reduziert. Für Überstunden werden 10 Pf. Zuschlag vergütet. Die Frauen erhielten einen Zuschlag von 2 Pf. pro 1000 Meter Spinnwolle auf alle Sorten. Es ist nun zu erwarten, daß die Frauen ebenfalls einsehen, daß heute nur mehr Zugeständnisse durch die Organisation und festes Zusammenhalten erreicht werden können.

**Ausland.**

In **Oesterreich** greift die Lohnbewegung immer mehr um sich und sind größere Kämpfe in Aussicht. Der Kampf in Linz dauert weiter und ist zurzeit noch keine Aussicht auf einen Abschluß. Die Unternehmer suchen in allen bürgerlichen Zeitungen Streikbrecher, fanden jedoch keine. In der **Waggonfabrik** in **Nesselsdorf** ist eine Aenderung infolge eingetreten, als aus Deutschland Streikbrecher importiert wurden. Der Direktor der Waggonfabrik hat zum Zwecke der Streikbrecherwerbung mit dem berühmtesten Nagmared Verbindungen angeknüpft. Die Bewegung in **Utsch** (Böhmen) flaut ab, da einige Meister die Forderungen bewilligten. In **Eger** wurde ein Vertrag abgeschlossen. In **Graz** lief am 20. Juni der alte Vertrag ab. Die von den Unternehmern in den Verhandlungen gemachten Zugeständnisse sind so minimal, daß es neuerdings zu einem Kampfe kommen wird. Erst im Vorjahre hatten die Kollegen dort einen monatelangen Kampf zu führen. Die Verträge in **Junzbrud** und **Kraflau** laufen am 1. Juli ab. In **Kraflau** wurde bereits einige Male unterhandelt, während in **Junzbrud** von den Unternehmern nichts zu hören ist. Hier dürfte es also auch zu einem Kampfe kommen, wie beim letzten Vertragsabschluss. Verträge wurden noch ohne Kampf abgeschlossen in **Trient** und **Wenner Neustadt**.

Die **Aussperrung der Möbelarbeiter in Großbritannien** nimmt einen immer größeren Umfang an. Auf einer in Birmingham abgehaltenen Konferenz haben die vereinigten Unternehmer am 19. Juni beschlossen, für den Fall, daß die Arbeiter in Nottingham, Manchester und Liverpool nicht bis zum 26. Juni unter Verzicht auf ihre Forderungen zur Arbeit zurückkehren, eine Generalaussperrung über ganz England und Wales zur Durchführung zu bringen. Ob dieser Beschluß zur vollen Durchführung gelangt, ist allerdings fraglich, jedenfalls wird der Kampf durch diesen Beschluß bedeutend verschärft. Die Situation unserer Kollegen ist dadurch um so ungünstiger, als die finanzielle Leistungsfähigkeit der englischen Gewerkschaften durch die außerordentliche Inanspruchnahme anlässlich der Riesenkämpfe der Bergarbeiter und der Transportarbeiter stark herabgemindert ist.

Inzwischen haben die Unternehmer in **London** bereits in Durchführung des erwähnten Beschlusses mit der Aussperrung begonnen. Als erste werden die Polierer betroffen, die am 24. Juni auf die Straße gesetzt wurden. Das Ziel der Unternehmerorganisation ist die Verlängerung der Arbeitszeit auf 64 Stunden und die Beseitigung der Lohnstarre.

In Anbetracht der schwierigen Lage der englischen Kollegen hat der Sekretär der Internationalen Union ein Rundschreiben an die angeschlossenen Verbände zur Unterstützung der kämpfenden Engländer gerichtet. Der Verbandstag des Deutschen Solzarbeiterverbandes hat daraufhin bei Beginn seiner Beratungen beschlossen, den ausgesperrten englischen Kollegen 5000 Mk. aus der Verbandskasse zu überweisen.

**Aus der Holzindustrie.**

**Fürsorgeerziehung.**

Die Fürsorgeerziehung, früher Zwangserziehung geheißen, steht nicht im besten Ruf und die Skandalprozesse, die durch die barbarische Behandlung hervorgerufen wurden, deren Opfer die Fürsorgezöglinge in einigen Anstalten waren, haben nicht gerade zur Verbesserung dieses Mißes beigetragen. Man ist vielfach der Meinung, daß nur solche Kinder in Fürsorgeerziehung kommen, die mit einem moralischen Defekt behaftet oder mit dem Strafgeset in Konflikt gekommen sind. Diese Annahme läßt die in den Fürsorgeanstalten herrschende Strenge begreiflich erscheinen, weil man sich sagt, daß derartige Kinder nur durch straffe Zucht wieder auf den richtigen Weg gebracht werden können. Tatsächlich droht die Fürsorgeerziehung aber nicht nur verwahrlosten Kindern, auch solche, die obwohl sie sich einwandfrei führen, von den Eltern roh mißhandelt werden, oder deren Vater sonst durch Mißbrauch der Erziehungsgewalt das geistige oder leibliche Wohl des Kindes gefährdet, ebenso auch Kinder, die lediglich früh verwaiselt sind, können in solche Anstalten gebracht werden, die mitunter schlimmer sind als Zuchthäuser.

Die Fürsorgeerziehung währt in der Regel bis zur Erreichung der Volljährigkeit. Bis dahin befinden sich die Fürsorgezöglinge durchaus in der Gewalt ihrer Erzieher, die imstande sind, ihren Pflegebefohlenen das Fortkommen völlig zu unterbinden. Das zeigt mit erschreckender Deutlichkeit der nachfolgende Fall, der uns zu dieser Betrachtung veranlaßt.

Der jetzt 19 Jahre alte O. D. hatte das Unglück, schon früh seine Eltern zu verlieren und er kam deshalb mit seinem 13. Lebensjahr in Fürsorgeerziehung und zwar in die Brandenburgische Provinzial-Schule und Erziehungsanstalt zu Straußberg. Von dieser Anstalt wurde er zu einem Drechflermeister in Werneuchen in die Lehre gegeben. Die Lehrzeit dauerte vier Jahre und war zu Ostern 1912 beendet. Jetzt erhält der junge Mann von diesem Meister, bei dem er noch arbeitet, Kost und Logis und dazu den horrenden Barlohn von 250 Mk. (Zwei Mark und fünfzig Pfennig). Hier von soll er sich Meiden und seine sonstigen Bedürfnisse befriedigen!

Kann man es dem bedauernswerten Objekt der Fürsorgeerziehung verdenken, wenn es bestrebt ist, sich emporzuarbeiten, um sich ein menschenwürdiges Leben zu erringen? Unserer Meinung nach müßte die Leitung der Erziehungsanstalt dieses Streben des jungen Mannes mit Freuden begrüßen und es nach Kräften fördern. Der Direktor der Anstalt, der das Vormundschaftsrecht besitzt, Pfarrer Seiffert, scheint anderen Erziehungsgrundsätzen zu huldigen, er will seinen Zögling durchaus

in den elenden Verhältnissen festhalten, in welchen er sich befindet. Der junge Mann, der inzwischen seiner Berufsorganisation beigetreten ist, hat nun die Erlaubnis nachgesucht, auf Wanderschaft gehen zu dürfen. Als Antwort auf dieses Gesuch erhielt er vom Herrn Direktor folgenden Brief:

„Da Du bei Herrn Schmalte gut untergebracht bist, sehe ich mich nicht im geringsten veranlaßt, Dir die Erlaubnis zur Wanderschaft zu erteilen. Du hast vielmehr in Deiner Stelle auszuharren. Vor allen Dingen fordere ich Dich auf, sofort aus dem sozialdemokratischen Solzarbeiterverband auszutreten. Ueber Deine Führung wird jetzt lebhaft geklagt; ich verwarne Dich ernstlich und bitte Dich, bei Strafe der Ueberweisung in das Zuchthaus, Dich künftig anders zu führen und Dich von der Maßfeier der sozialdemokratischen Veranstaltungen zurückzuhalten.“ Seiffert.

Schon der Ton dieses Schreibens fällt durch seine „Milde“ auf und läßt einige Schlüsse auf die Umgangsformen zu, die der geistliche Erzieher seinen Pflegebefohlenen gegenüber im persönlichen Verkehr zur Anwendung bringt. Von dem Solzarbeiterverband hat der fromme Herr offenbar keine Ahnung. Leute, denen eine so weitgehende Gewalt über erwachsene Menschen eingeräumt ist, hätten aber eigentlich die Pflicht, sich ein wenig um die Verhältnisse im Wirtschaftsleben zu kümmern. Gleiches Weiten und widerstandsloses Sichausbeutenlassen soll ja nach priesterlicher Lehre für das Seelenheil der Armen recht nützlich sein. Wer aber im Leben vorwärts kommen will, muß es verstehen, seine Ellenbogen zu gebrauchen und dazu gehört, daß er als Arbeiter Mitglied seiner Gewerkschaft ist. Durch das Verbot, seiner Berufsorganisation anzugehören und den auf den jungen Mann ausgeübten Zwang, in den erbärmlichen Verhältnissen auszuharren, wird dieser in seinem Fortkommen auf das schwerste geschädigt. Das kann aber nicht der Zweck der Fürsorgeerziehung sein.

Interessant ist die Drohung mit der Ueberweisung in das „Zuchthaus“. Das scheint so eine Art Sibirien für die Fürsorgezöglinge zu sein. Daß aber das strafweise Einsperren eines jungen Handwerkers in ein Anstalt, in welcher er keine Gelegenheit hat, seinen Verus auszuüben, dessen Fortkommen förderlich wäre, wird ein vernünftiger Mensch schwerlich behaupten wollen. Der ganze Fall zeigt aber, wie verbesserungsbedürftig das System der Fürsorgeerziehung ist. Den maßgebenden Instanzen wäre zu empfehlen, daß sie diesem System etwas mehr Fürsorge angedeihen lassen, um zu verhüten, daß die Fürsorgeerziehung zu einem Fluch für die Unglücklichen wird, die in ihre Krallen geraten.

Auch bei den Pantinenmachern blüht neues Leben aus den Ruinen der traurigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse. In diesem Sinne etwa verkinbet der Kollege R. Lange-Bremen in Nr. 12 des Zentralblattes (Unternehmerorgan) eine Heilslehre, von der er allem Anschein nach glaubt, sie selbst erfunden zu haben. „L. macht übrigens die Sache als Mann der Praxis mit seinem „gesunden Menschenverstand“ verteuert einfach, so einfach, daß man allen Grund hat, anzunehmen, er habe bei dem seligen Onkel Bräsig, nach dessen klassischem Lehrsatz die Armut aus der Poverth resultiert, eine Anleihe gemacht. Für ihn steht fest, daß es nur an dem einzelnen Menschen liegt, einen anständigen Lohn zu verdienen; daß in solchen Fragen noch andere Faktoren in Betracht kommen und schließlich die Unternehmer auch ein Wörtchen dabei mitreden, ist für unseren Bremer Selbstmachedman Nebensache. Daher ist er auch nicht für die Organisation, zumal man bei dieser auch Beiträge zahlen muß. Uebrigens fördert der rote Verband durch die Reiseunterstützung auch das Landreichertum und hindert den Fortschritt.“ Zu dieser netten Lebensweisheit — man könnte es auch Unverschämtheit nennen — kommt L., weil bei seinem Meister ein im Solzarbeiterverband organisierter Kollege die ihm angebotene Arbeit nicht angenommen habe. Schließlich bringt sich der lächne Einspänner den Unternehmern noch in empfehlende Erinnerung durch die Angabe, daß er in vier Wochen 121,71 Mk. zu verdienen imstande ist. Hierdurch erscheint er uns erst in seiner vollen Größe. Es muß auch solche Ränge geben.

Ueber die Lage der Goldbrechler in Wien hat der österreichische Solzarbeiterverband im April dieses Jahres eine Erhebung veranstaltet, deren Ergebnis jetzt in dessen Verbandsorgan veröffentlicht wird. Danach sind in Wien gegenwärtig ohne die Gulfordressleren 253 Betriebe vorhanden, von denen aber nur 158 Arbeiter beschäftigen. Die Zahl der Gehilfen ist in Wien in einem ständigen Rückgang begriffen. Während 1897 deren noch 495 beschäftigt wurden, konnten 1907 nur noch 378 gezählt werden; gegenwärtig gibt es nur noch 316 Goldbrechlergehilfen in den Betrieben. Durch den Einfluß der Organisation ist es möglich gewesen, die Lehrlingsausbildung etwas einzudämmen. Auf 100 Gehilfen kamen 1897 allein 75 Lehrlinge, 1907 noch 80, 1912 dagegen nur 20 Lehrlinge.

Von den 253 Betrieben arbeiteten etwa die Hälfte mit Fuß, die anderen mit Motorbetrieb. Die Goldbrechler sind fast ausschließlich Kleinbetriebe. 95 haben gar keinen Gehilfen und nur 14 haben mehr als 5 Arbeiter. Der Durchschnittslohn beträgt in der vollen Arbeitswoche bei Akkordarbeit 26,70 Kronen, bei Lohnarbeit 28,50 Kronen. Die Drechler rechnen jedoch durchschnittlich nur mit 44 vollen Arbeitswochen im Jahr. Die Arbeitszeit ist eine neunstündige, doch sind Überstunden wie Auslegen häufige Erscheinungen. Von den 253 Werkstätten lagen 115 im Keller oder Souterrains, wo Luft und Licht fast durchweg nur mangelhaften Zutritt haben. Das Ergebnis dieser statistischen Aufnahme bietet also kein besonders erfreuliches Bild, während auf der anderen Seite das vorherrschende arme Kleinmeistertum einer durchgreifenden Besserung der Verhältnisse erschwerend im Wege steht.



### Gewerkschaftliches.

#### Die Gewerkschaftskartelle im Jahre 1911.

Zu den Gewerkschaftskartellen finden die gemeinsamen örtlichen Interessen der Zahlstellen und Ortsgruppen der verschiedenen Zentralverbände ihre berufliche Vertretung. Beraters- und Bildungswesen, Rechtsauskunft und Jugendpflege lassen sich auf diesem Wege am besten organisieren. Und eine nicht zu unterschätzende Aufgabe der Gewerkschaftskartelle ist die Agitation in jenen Berufen, deren örtliche Organisation dazu selbst noch zu schwach oder sonst nicht in der Lage ist.

Die allgemeine Erstarkung der Gewerkschaften kommt naturgemäß auch der Erfüllung all dieser Aufgaben zugute. So ist z. B. im Jahre 1911 die Zahl der Gerbergen in eigener Regie der Kartelle von 28 auf 31, die der vertragsmäßig deren Kontrolle unterstehenden Gerbergen von 307 auf 322 gestiegen. Die Zahl der Gewerkschaftshäuser vermehrte sich um 14 und gibt es jetzt deren 67. Von diesen wiederum sind 44 Eigentum der Gewerkschaften, während die übrigen in Pacht geführt werden. Die meisten Gewerkschaftshäuser erfordern jedoch dauernd erhebliche Zuschüsse, weshalb die Generalkommission in ihrem Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaftskartelle, dem wir diese Angaben entnehmen, vor leistungsfähiger Errichtung solcher Häuser warnt.

Dem Bildungswesen dienten Bildungsausschüsse in 302 und Jugendauschüsse in 316 Orten. Gemeinsame Bibliotheken wurden von 847 Kartellen unterhalten. In 87 Fällen waren Lesezimmer damit verbunden. Referentennachweise bestehen in 52 Orten.

Die Zahl der von Kartellen veranstalteten Agitationsversammlungen ist im Jahre 1911 etwas zurückgegangen. Sie betrug insgesamt 8431, von denen 1107 nur für einzelne Berufe veranstaltet waren. Besondere Agitationskommissionen für Arbeiterinnen oder weibliche Vertrauenspersonen bestanden bei 82 Kartellen. Bei einer Anzahl Kartelle bestanden besondere Beschwerdekommisionen für Gewerbeinspektionsfachen, für Bauarbeiter und für die Abschaffung des Koff- und Logiszwanges. Ein Arbeitersekretariat unterhalten 102 Kartelle, 18 haben daneben noch ein besonderes Gewerkschaftsbureau. Insgesamt stehen 171 Personen im Dienste der Kartelle.

Während so in der Zahl der Kartelleinrichtungen im letzten Jahre besonders wesentliche Veränderungen nicht vor sich gegangen sind — diese erstrecken sich naturgemäß härter auf deren Inanspruchnahme — kommt in der Stärke der Kartelle selbst der allgemeine gewerkschaftliche Aufschwung zum Ausdruck. Die Statistik der Generalkommission umfasst diesmal 601 Kartelle gegen 658 im Jahre 1910. Die Zahl der angeschlossenen Gewerkschaftsmitglieder dagegen hat jetzt 2 100 728 erreicht, während sie im Vorjahre nur 1 892 053 betrug. In der ersten Ziffer sind 7707 Personen enthalten, welche nicht den der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbänden angehören. Die Mehrzahl derselben entfällt auf den Verband süddeutscher Eisenbahner, eine kleine Zahl auf den Verband der freien Gastwirte, die Sinoangestellten, die Zeichner und die Säbeler. Die Hausangestellten und die Landarbeiter sind erstmals unter die der Generalkommission angeschlossenen Verbände rubriziert.

Von den 6533 Ortsgruppen der gewerkschaftlichen Zentralverbände an Kartellorten gehören nur 310 dem Kartell nicht an. Von unseren Verbandszahlstellen sind dabei nur 11, während 585 einem Kartell angeschlossen sind.

Die größten Mitgliederzahlen umfassen die Gewerkschaftskartelle in: Berlin mit 298 812 (1910 erst 264 514), Nürnberg 130 858 (118 978), Dresden 86 911, Leipzig 72 987, München 68 758, Nürnberg 58 513, Stuttgart 42 815, Frankfurt a. M. 40 890, Chemnitz 40 088 (1910: 31 628), Hannover 38 664, Bremen 30 553, Breslau 30 476, Magdeburg 28 665 und Köln 26 711. Die Zunahme der Mitglieder in diesen 14 Gewerkschaftszentren bleibt prozentual um ein Weniges hinter dem Gesamtdurchschnitt zurück, sie beträgt 11,4 gegen dort 12,5 Proz.

Die Kosten der Gewerkschaftskartelle werden fast ausnahmslos durch feste Jahresbeiträge der angeschlossenen Gewerkschaften, berechnet nach der Mitgliederzahl, aufgebracht. Der Beitrag pro Kopf schwankt zwischen unter 20 bis zu 200 Pf. im Jahr, der Durchschnittssatz betrug 73,5 Pf. Die Gesamteinnahmen der Kartelle setzten sich zusammen aus 948 089 M. Beiträgen, 283 855 M. Streiksammlungen (für die Kohlearbeiter) und 667 304 M. Ueberschüsse von Veranstaltungen.

Die Ausgaben verteilten sich auf: Agitation 105 928 M., Arbeitervertreterwahlen 28 842 M., statistische Erhebungen 6294 M., Gewerkschaftshäuser und Versammlungsräume 152 330 M., Gerbergen und Arbeitsnachweise 88 770 M., Sekretariate und Auskunftstellen 280 208 M., Bibliotheken und Lesesäle 118 180 M., Streiks 300 078 M. (dabei aus den Kartellkassen 25 191 M.), Verwaltungskosten 208 438 M., sonstige Ausgaben 879 024 M.

Auspehrung in der Metallindustrie. Infolge des Streiks der Metallarbeiter in Hannover sind die Bezirksverbände Halle a. S. und Magdeburg des Verbandes der Metallindustriellen dazu gekommen, an diesen beiden Orten am 22. Juni 60 Proz. ihrer Arbeiter auszusperrten. Von unseren Kollegen sind davon betroffen in Halle 160 und in Magdeburg 300 Kollegen. Zugun von Weidell und Fabrikarbeitern ist deshalb nach beiden Orten streng ferngehalten.

Die Verschmelzung des Schmiedeverbandes mit dem Metallarbeiterverband war die wichtigste Frage auf der vom 2. bis 8. Juni in Düsseldorf abgehaltenen Generalversammlung des ersteren. Die Debatte zeigte dabei eine erfreuliche Einmütigkeit der Delegierten, die fast ausnahmslos die Zeit für das Ausgehen im Industrieverband für gekommen erklärten. Meinungsverschiedenheiten herrschten lediglich darüber, ob die Generalversammlung bereits den endgültigen Beschluß in dieser Sache fassen solle oder ob dazu die Vornahme einer Abstimmung zweckmäßig sei. Da sich diese Delegierten von einer solchen einen gelasseneren Abtritt versprachen, wurde deren Vornahme beschlossen. Die Delegierten erklärten sich aber einstimmig mit den zwischen den Verbandsvorständen vereinbarten Uebertrittsbedingungen, die wir bereits in Nr. 18 vom 30. März 1912 skizziert haben, einverstanden und empfahlen in einer Resolution den Mitgliedern, diesem Beschluß beizutreten. Die Abstimmung soll nun überall in den Tagen vom 14. bis 15. Juli stattfinden. Erklärt sich die Mehrheit der Abstimmenden für den Uebertritt, so soll dieser zum 1. Oktober dieses Jahres vollzogen werden.

Der Gemeindearbeiterverband hielt vom 2. bis 8. Juni seinen 6. Verbandstag in München ab. Beim Vorstandsvorbericht rief die Frage der Aufstellung berufsfremder Personen als Verbandsfunktionäre eine lebhafteste Aussprache hervor. Man einigte sich schließlich dahin, daß stets in erster Linie Mitglieder des eigenen Verbandes berückichtigt werden sollen. Nur wenn sich geeignete Bewerber aus deren Reihen nicht finden, darf zu Angehörigen anderer Berufe gegriffen werden. Ueber Grenzstreitigkeiten mit anderen Gewerkschaften wurde mehrfach gellagt. Diese sind hier besonders häufig, weil der Gemeindearbeiterverband entgegen den in den freien Gewerkschaften vorherrschenden Berufsorganisationen mehr die Form der Betriebsorganisation vertritt. Der Vertreter der Generalkommission rief zur lokalen Verständigung mit den in Betracht kommenden Gewerkschaften. Die Statuten erfuhren einige Änderungen. Der Wochenbeitrag soll künftig betragen: für männliche Mitglieder bei einem Wochenverdienst bis zu 16 M. je 25 Pf., darüber und bis zu 21 M. je 40 Pf., bei mehr 50 Pf. Jugendliche und weibliche Mitglieder zahlen 25 Pf. Die Erwerbslosenunterstützung erfolgt in zwei Klassen eine Erhöhung um 1,50 bzw. 2 M. pro Woche. Die Umzugsunterstützung wurde von 30 auf 60 M. gebracht. Für die Streikunterstützung soll künftig gelten, daß während der ersten 18 Wochen der Mitgliedschaft nur die halben statutarischen Sätze gezahlt werden. Die Ortsverwaltungen behalten für örtliche Ausgaben 25 Proz. der Verbandsbeiträge, müssen aber davon auch die Kosten friedlicher Lohnbewegungen tragen. Eine unerquickliche Debatte entstand bei der Neuwahl des Verbandsvorstandes. Vorstand und Ausschuss hatten beantragt, den Verbandsvorsitzenden Mohs durch den bisherigen Vorsitzenden der Berliner Zahlstelle Wukly zu ersetzen, weil Mohs den Anforderungen seines Amtes nicht voll gewachsen sei. Die Abstimmung ergab die Wiederwahl von Mohs mit 43 gegen 42 Stimmen, die auf Wukly fielen. Als ersterer darauf die Wahl annahm, wollten die übrigen Vorstandsmitglieder nicht mehr mitwirken, ließen sich schließlich aber doch zur Wiederannahme ihrer Ämter bewegen, so daß die bisherigen beibehaltenen Vorstandsmitglieder sämtlich weiterfunktionieren. Der Verbandsausschuß soll von Hamburg nach Süddeutschland verlegt werden.

Der Transportarbeiterverband tagte vom 10. bis 15. Juni in Breslau. In der Diskussion zum Verbandsbericht spielten die Grenzstreitigkeiten eine Rolle, wobei auch unseres Ausspruches auf die Sägereiarbeiter Erwähnung getan ward. Von einigen Rednern wurde zur Beseitigung solcher unliebsamer Differenzen einer Verschmelzung mit dem am meisten beteiligten Verbanden der Fabrik- und der Gemeindearbeiter das Wort geredet. Die angeregte Schaffung eines Verbandshauses soll dadurch erleichtert werden, daß bis zum nächsten Verbandstag jedes männliche Vollmitglied 2 M., jedes weibliche und jugendliche Mitglied 1 M. Extrabeitrag für diesen Zweck leistet. Der Name des Verbandsorgans der fahrenden Mitglieder, „Der Seemann“, wurde in „Die Schiffahrt“ umgeändert. Der Verbandstag wies jedoch mehrere über „Die sozialpolitischen Aufgaben des Verbandes“ und über „Das Koalitionsrecht der Transport- und Verkehrsarbeiter im Vorentwurf zum Strafgesetzbuch“, wobei besonders gegen die Bevormundung der Arbeiter durch die norddeutschen Eisenbahnverwaltungen protestiert wurde. Die Forderungen des Verbandes zu den beiden Materien fanden ihren Ausdruck in Resolutionen, die einstimmig zur Annahme gelangten. Die Statutenberatung brachte die Ablehnung aller Vträge auf Minderung der Beitragsätze, ebenso aber auch solcher auf Schaffung einer Inhabiten- und einer Umzugsunterstützung. Die Erwerbslosenunterstützung erfuhr eine Minderung dahingehend, daß der Höchstsatz künftig nur innerhalb 60 Wochen statt bisher 52 Wochen einmal erhoben werden kann. Dafür wurden die Streikunterstützungssätze um 1 M. pro Woche erhöht. Bei der Bescheidung des Verbandstages soll hinfort statt auf 800 nur auf je 1000 Mitglieder ein Delegierter entsenden, mit der weiteren Einschränkung, daß Mitgliedern von über 5000 Mitgliedern zunächst 5 und dann auf je 2000 Mitglieder einen weiteren Delegierten stellen dürfen. Die Höchstzahl der Delegierten eines Ortes bleibt wie bisher auf 25 festgesetzt.

Ein auftretendes Urteil über die Gesellen fällt die „Frankfurter Zeitung“ bei der Besprechung des Prozesses, den Professor Brentano gegen zwei gelbe Blätter angestrengt hatte. Das Blatt schreibt:

„Das Urteil aber, das Brentano über die „Arbeitsmitten“ und die gelben Gewerkschaften im allgemeinen ausgesprochen hat, ist die gemeinsame Ueberzeugung aller sachverständigen gesinneten Sozialpolitiker. Daß es den Interessen und der Ehre eines Standes widerspricht, wenn Personen ihren Standesgenossen bei einer berechtigten Aktion in den Rücken fallen, kann vernünftigerweise nicht bestritten werden. In der Tat mißachten Arbeitgeber Leute ohne Korpsgeist, wenn es sich um Arbeitgeber handelt, und ebenso tut jede andere Klasse,

und man findet das in Ordnung. Nur wenn Arbeiter Arbeitern in den Rücken fallen, werden sie von gewissen Arbeitgebern und ihren Organen gelobt, und diese Arbeitgeber tun noch mehr, indem sie sich in Werberheben „gelbe“ Truppen schaffen, die geradezu den Zweck haben, jede Aktion der Arbeiter ihrer Betriebe zu verhindern oder lahmzulegen. Man mißt die Einfichtlosigkeit der Arbeiter aus ihrer Abhängigkeit, oder man lacht sie mit Begünstigungen, um sie in die gelben Werberheben zu drängen, wo sie sich des Selbstbestimmungsrechts ihrer Klasse begeben und aus freien Arbeitern Betriebsgefinde werden. Nichts verzögert die Arbeiterbewegung so sehr, wie die Gründung solcher gelben Vereine, die die unabhängige Arbeiterkraft aufs äußerste erbittern; ein Arbeitgeber, der über den Tag hinauslebt, läßt sich darauf nicht ein.“

### Unternehmerbewegung.

#### Scharfmacherbettel.

Das Organ der deutschen Scharfmacher, die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“, befindet sich dauernd im Dales. Trübdem das Blatt zu den Stipendiaten der Industriellen gehört und heute schon mehr Inserate als redaktionellen Text hat, ist es ständig auf dem Bettel nach Subventionen durch gutbezahlte Inserate. Da der „Erfolg“ des Inseratens hier aber nicht dazu verhalten kann, so muß es der „gute Zweck“. Diese Bettelbriefe werden auch jetzt wieder „eingeschrieben“ verschickt und „diskreter Behandlung“ empfohlen, dabei haben sie sich im Wortlaut seit zwei Jahren, wo wir bereits davon Notiz nahmen, nicht verändert. Die „15 000 Abonnenten“, an die die angeschnorren Unternehmer glauben sollen, marschieren heute noch wie damals auf. Der ganze Bettel zeigt nur von neuem, wie gering diese Blätter von der Mehrzahl der Unternehmer eingeschätzt wird.

### Technisches.

Was muß der Schreiner wissen? Aus dem praktischen Leben zusammengestellt von Christoph Dörner. 160 Seiten. Preis 1,50 M.

Der Verfasser ist Schreinermeister und Lehrer für Technologie und Kalkulation an der Handwerkerfachschule und an der gewerblichen Fortbildungsschule in Fürth i. V. Er verfügt daher über die für die Herausgabe eines fachtechnischen Werkes nötigen theoretischen Kenntnisse, ohne dabei an der Spitze des Nuchtheoretischen zu scheitern. Das Buch ist in erster Linie für diejenigen bestimmt, die selbständig resp. in leitender Stellung sind oder dahin gelangen wollen. Es enthält eine Fülle praktischer Winke für die zweckmäßige Anlage und Einrichtung der Betriebsräume mit spezialisierten Kostenanschlägen. Die verschiedensten Fragen über die Behandlung des Holzes, Holz- oder Holzwerkstoffverfahren, Kalkulationsweisen usw. sind knapp, aber verständlich behandelt. Demjenigen, der ein Bedürfnis nach solchen Blickern haben und denen die ausführlicheren fachtechnischen Werte zu teuer sind, kann die Anschaffung dieses preiswerten und brauchbaren Buches empfohlen werden.

Buchführung und Kalkulation für das Schreinergerwerbe. Von Friedrich Müller. Zweite Auflage. Verlag der Friedr. Kornischen Buchhandlung in Nürnberg. Preis geb. 1,00 M. Das Buch bietet eine Einführung in die einfache gewerbliche Buchführung und die für den Handwerksbetrieb erforderlichen Nebenbücher. Eine Probebuchung über drei Monate erläutert den Gebrauch. Ein weiterer Teil behandelt die Kalkulation. Der Anhang bringt eine Anweisung für die Steuerberanlagung der Gewerbetreibenden im Rahmen der bayerischen Gesetzgebung.

### Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Berlin O. 2, Reuss-Str. 2 bezogen werden.

Vorwärts-Bibliothek. Unter diesem Sammelnamen erscheint im Verlage der Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & M. B. S., Berlin SW. 68, eine Serie sozialistischer Romane und Erzählungen, die in Folge ihres Inhalts, der guten Ausstattung und des billigen Preises allgemeine Beachtung verdienen.

Der zweite Band dieser Serie ist soeben erschienen. Er enthält eine Erzählung von Ernst Brezong unter dem Titel „Der Ausweg“. Der Preis des gebundenen Bandes beträgt 1 M.

Winte und Ratschläge. Winterprogramm 1912/13. Herausgegeben vom Zentralbildungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Das schmale Heftchen gibt den Orts- und Bezirksbildungsausschüssen Anweisung für ihre Tätigkeit.

Der Kampf der Sozialdemokratie um die Vorherrschaft in Eisenburg. Unter diesem Titel hat das Gewerkschaftskartell zu Eisenburg eine Broschüre herausgegeben, welche sich gegen das Treiben des bekannten Reichsverbandes und eine von Unwahrheiten bestehende Schrift richtet. Wo der allgemeine Arbeitgeberverband unter dem Titel „Die Vorherrschaft der Sozialdemokratie in Eisenburg“ herausgegeben hat. — Der Preis obiger Broschüre beträgt 10 Pf. (exkl. Porto).

Zentralverband aller in der Schmiederei beschäftigten Personen. Jahrbuch für 1911. Verlag des Verbandsvorstandes in Hamburg.

Deutscher Transportarbeiterverband. Jahrbuch 1911. Herausgegeben vom Verbandsvorstand. Verlagsanstalt „Courier“, Berlin.

Die Gewerkschaftsbewegung in Bremen. 1911. Jahresbericht des Gewerkschaftskartells, des Arbeitersekretariats, des Bildungsausschusses und der Gewerkegerichtsbesitzer. Verlag des Gewerkschaftskartells Bremen.

Das Genfieber. Wesen, Behandlung, Heilung. Von Dr. Georg Luda. Medizinischer Verlag Schweizer u. Co., Berlin NW. 87. Preis 1,80 M.



Anzeigen.

Auffam, Kollegen, die hier in Arbeit treten wollen, werden ersucht, zuvor bei dem Bevollmächtigten...

Brandenburg a. N. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Neust. Markt 2.

Brandenburg a. N. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Werder 82, II.

Darmstadt. Arbeitsnachweis Bismarckstraße 10. Umschauen streng verboten.

Darmstadt. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Werder 82, II.

Darmstadt. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Werder 82, II.

Darmstadt. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Werder 82, II.

Darmstadt. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Werder 82, II.

Darmstadt. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Werder 82, II.

Darmstadt. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Werder 82, II.

Darmstadt. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Werder 82, II.

Darmstadt. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Werder 82, II.

Darmstadt. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Werder 82, II.

Darmstadt. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Werder 82, II.

Darmstadt. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Werder 82, II.

Darmstadt. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Werder 82, II.

Darmstadt. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Werder 82, II.

Darmstadt. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Werder 82, II.

Darmstadt. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Werder 82, II.

Darmstadt. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Werder 82, II.

Darmstadt. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Werder 82, II.

Darmstadt. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Werder 82, II.

Darmstadt. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Werder 82, II.

Darmstadt. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Werder 82, II.

Darmstadt. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Werder 82, II.

Darmstadt. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Werder 82, II.

Darmstadt. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Werder 82, II.

Möbelschler - Mittelbrasilien.

Für eine deutsche Kunstmöbelfabrik in Sao Paulo (gesunde Großstadt, circa 400 000 Einwohner)...

Mehrere selbständige Möbelschler, sowie auch ein Polierer und Polierer werden für ständig gesucht.

Für meinen Maschinenaal suche tüchtigen zuverl. Tischler, welcher das Zuschneiden mit zu besorgen hat...

Mehrere selbständige Möbelschler, sowie auch ein Polierer und Polierer werden für ständig gesucht.

Mehrere selbständige Möbelschler, sowie auch ein Polierer und Polierer werden für ständig gesucht.

Mehrere selbständige Möbelschler, sowie auch ein Polierer und Polierer werden für ständig gesucht.

Mehrere selbständige Möbelschler, sowie auch ein Polierer und Polierer werden für ständig gesucht.

Mehrere selbständige Möbelschler, sowie auch ein Polierer und Polierer werden für ständig gesucht.

Mehrere selbständige Möbelschler, sowie auch ein Polierer und Polierer werden für ständig gesucht.

Mehrere selbständige Möbelschler, sowie auch ein Polierer und Polierer werden für ständig gesucht.

Mehrere selbständige Möbelschler, sowie auch ein Polierer und Polierer werden für ständig gesucht.

Mehrere selbständige Möbelschler, sowie auch ein Polierer und Polierer werden für ständig gesucht.

Mehrere selbständige Möbelschler, sowie auch ein Polierer und Polierer werden für ständig gesucht.

Mehrere selbständige Möbelschler, sowie auch ein Polierer und Polierer werden für ständig gesucht.

Mehrere selbständige Möbelschler, sowie auch ein Polierer und Polierer werden für ständig gesucht.

Mehrere selbständige Möbelschler, sowie auch ein Polierer und Polierer werden für ständig gesucht.

Mehrere selbständige Möbelschler, sowie auch ein Polierer und Polierer werden für ständig gesucht.

Selbständige Kastenmacher und Helfer auf Karosseriebau f. dauernd. Stellung gesucht.

2 Kastenmacher und 2 Helfer auf Karosserie, für dauernde Beschäftigung, sucht Robert Herrmann, Karosserieverl. Cöthen i. A.

Tüchtige Kastenmacher für geschlossene Wagen erhalten sofort dauernde und gut bezahlte Stellen.

Mehrere tüchtige Kastenmacher u. Kastenheifer auf Karosserie eingearbeitet, per sofort gesucht.

Selbständig. Kastenmacher auf Karosseriebau für dauernd gesucht, am liebsten Verheirateten.

2 Korbmacher auf Mattarbeit stellt sofort ein. Frau Pauline Winkler, Herrschdorf im Miesengebirge.

Auf sofort gesucht zwei Korbmacher auf Korbarbeit. Westemünde, Kirchenstr. 18.

Tüchtigen jungen Korbmacher für Reparaturen und vorkommende Bestellungen stellt sofort ein.

Junger anständiger Korbmachergeselle kann sofort eintreten auf Berlin.

Gesucht leistungsfähige Korbmacher auf Peddighrohrmöbel. Stellung dauernd.

Suche 2-3 Korbmacher auf Mattarbeit. Wochenverdienst 24-30 Ml. Dauernde Beschäftigung.

Einen Korbmacher auf runde Obstkörbe stellt sofort ein.

Gesucht auf sofort 1 Korbmacher auf geschlagene Arbeit.

Tüchtiger Gestaltarbeiter auf dauernde Arbeit, speziell Peddighrohr gesucht.

1 Tischlermacher zum Eingehen sofort gesucht.

Tüchtiger Tischler für Handarbeit sofort gesucht.

Tischlerei mit kleiner Landwirtschaft, existenzsicher, konstantenlos, verkaufe umständlicher billig.

Jeden Posten fertiger Möbel kauft gegen Kassa Kamerling, Berlin, Kastanienallee 66, Amt Norden 2626.

Berlinertüchse kauft gegen Jof. Kasse Paul Goldschmidt, Hamburg 11.

Zum Verbandstag in Berlin ist eine humoristische Verbandstags-Zeitung 1912 erschienen.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. G. m. b. H. Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße 2.

Wir empfehlen zur Anschaffung: Die gesetzliche Regelung der Tarifverträge.

Von Theodor Leipart, Vorsitzender des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Der Kastenmacher geometrisch erläutertes, fachwissenschaftl. Werk.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes. G. m. b. H. in Berlin.

Quittungs-Marken und Kautschuk - Stempel. Liefert seit 80 Jahren Jean Holze & Co. Hamburg, Besenbinderhof 7a.

Alles zur Laubsägerei. Korb schnitt und Holzbrandmalerei liefert allerbilligst.

Bestliste und Maßstäbe „Solidarisität“ nur mit meinem Namen echt. Jean Bloß, Stein-Nürnberg.

Lade, Polituren, Beizen. kauft man am besten u. billigsten in der Lackfabrik C. Bratsch, Meindendorfer, Justusstr. 15. Wuster gratis.

Erste deutsche Belz- und Pollermeister-Schule Cöthen 3 in Anhalt. Leistungsfähigste Lehranstalt allererst. Ranges.

Deutsches Technikum Behr-Institut für Technischen Fern- u. Korrespondenz-Unterricht, Berlin W 50, Kullmbacher Str. 4.

SEIT 20 JAHREN Fachschule Detmold an der Spitze der Tischlerfachschulen. DIREKTOR KOLSCHER

Deutschlands einzige mit Handelslehranstalt verbundene Tischlerfachschule Jmenau. Größter Stellennachweis f. Schüler unserer Anstalt.

Süddeutsche Schreiner-Fachschule. Erstkl. techn. u. kunstgewerblich. Nürnberg. Lehranstalt m. Handelskursen.

Einmonatige Spezialkurse der Tischlerlehre Blauenburg h. 2. Folg. Schüler können bei freier Wahl belegt werden.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes. G. m. b. H. in Berlin. Druck: Borchardt Buchdruckerei und Verlagsanstalt.

ZUSCHNEIDER GESUCHT. MÖBELFABRIK L. HEYDECKER, KEMPTEN